



7. Parteitag der CDU Deutschlands vom 15. bis 18. Oktober 1995 in Karlsruhe

- Helmut Kohl: *Wir werden die Zukunft gestalten.* Seite 3
- Wolfgang Schäuble: *Mut zur Zukunft.* Seite 20
- Günter Rinsche: *Erfolgversprechende Initiativen.* Seite 32

Die europäische Union voranbringen.
Europapolitische Leitsätze der CDU.
Beschluß des 7. Parteitages
vom 16. Oktober 1995. Seite 39

Eine neue
Adresse:

„<http://www.cdu.de>.“

Geglückter Start
ins weltweite
Kommunikations-
Netz Internet.
Seite 44



Helmut Kohl: *Das hohe Wohlstandsniveau in unserem Land hat bei vielen die Illusion aufkommen lassen, die materielle Sicherheit sei sozusagen automatisch garantiert. Immer mehr unserer Bürgerinnen und Bürger halten ein Leben in Frieden und Freiheit für selbstverständlich. Ich sage dies ohne jeden Vorwurf. Ich sage es aber im Sinne einer Feststellung, die uns daran erinnert, daß der Frieden und die Freiheit unseres Landes uns nicht als eine milde Gabe zufallen, sondern daß Frie-*

den und Freiheit täglich neu erworben werden müssen. – Die in der deutschen Geschichte beispiellose politische Stabilität hat dazu beigetragen, daß immer mehr unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger meinen, es reiche aus, die Politik als bloße Zuschauer zu begleiten. Es ist ja sehr viel einfacher, mit Distanz, mit Häme auf diejenigen zu sehen, die bereit sind, Kraft, Zeit und Privatleben in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen. Aber als Zuschauerdemokratie hat unsere Republik keine Zukunft.

Helmut Kohl: Wir werden die Zukunft gestalten

Fünf Jahre sind seit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes vergangen, und nur noch fünf Jahre trennen uns von der Jahrhundertwende. Wir, die CDU, schauen zurück auf die 50 Jahre seit der Gründung unserer Partei, und wir nehmen mit klaren Zielen, mit einem bewährten Kompaß, mit Selbstbewußtsein, aber auch mit Demut vor der Aufgabe Kurs auf das 21. Jahrhundert.

Wir sind – und darauf sind wir stolz – die einzige politische Kraft in Deutschland, die in unserem Volk Mehrheiten finden kann. Ich beziehe mich nicht auf Demoskopien, die heute so und morgen so sind, ich beziehe mich auf die Tatsache, daß wir bei der letzten Bundestagswahl, CDU und CSU zusammen, 45 Prozent der Erststimmen erreichen konnten. Wir erheben den Anspruch, und wir stehen damit in der Pflicht, unseren Beitrag zu leisten, unser Land auf einem sicheren Weg in die Zukunft zu führen.

Die CDU Deutschlands ist in einer guten Verfassung. Unsere Partei und die von ihr getragene Bundesregierung erweisen sich als geschlossen, als handlungsfähig. Die CDU/CSU-Fraktion leistet eine ausgezeichnete Arbeit unter der Führung von Wolfgang Schäuble, dem ich dafür besonders herzlich danke.

Mit ihm danke ich allen Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion, die ein gewaltiges Arbeitspensum leisten, ein Arbeitspensum, das in der Öffentlichkeit nicht immer die Anerkennung findet, die

es verdient. Deswegen will ich das hier besonders herausstellen.

Mein herzlicher Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen aus den Landesregierungen, die für unsere Sache im Bundesrat fechten.

Vor einem Jahr haben uns viele prophezeit, daß die Koalition der Mitte schon bald wegen der knappen Mehrheitsver-

Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl

hältnisse im Parlament scheitern werde. Das Gegenteil hat sich als richtig erwiesen: Die Zusammenarbeit in der Koalition, mit den Kolleginnen und Kollegen der FDP hat sich als vertrauensvoll und – ich will es einmal so formulieren – meistens kameradschaftlich erwiesen. Wir wollen und werden diese Koalition fortsetzen.

Bei allen bisherigen Landtagswahlen in diesem Jahr konnten wir Zugewinne erzielen, die SPD mußte Verluste hinnehmen. In Bremen hatten wir unter Führung unseres Spitzenkandidaten Ulrich Nölle ein großartiges Wahlergebnis.

Dort nehmen wir einen ganz entscheidenden Teil der Regierungsverantwortung wahr. Wer Bremen kennt, weiß: Dies ist eine phantastische Sache, eine wirkliche Sensation in der deutschen politischen Landschaft.

Die eindrucksvollen Geburtstagsfeiern zum 50jährigen Bestehen unserer Partei, vor allem die in Berlin, lenken den Blick über die Grenzen der Tagespolitik hinaus hin zu den Wurzeln der Union, zu unseren Überzeugungen und zu unseren Erfolgen.

Hier, auf diesem Parteitag in Karlsruhe, geht es um die großen Fragen der Zukunftsgestaltung. Ich bitte Sie um Verständnis, daß ich mich in meiner Rede mit diesen Fragen beschäftigen will und heute nicht wie üblich einen Bericht erstatte. Ich verweise ausdrücklich auf die Vorlage zur Bilanz unserer Regierungsarbeit. Diesen Bericht finden Sie in Ihren Tagungsmappen.

Gerade im Blick auf die Zukunft haben wir allen Grund, an unseren Zielen, an unserem Selbstverständnis als Volkspartei der Mitte festzuhalten. Wir bleiben die Partei der deutschen Einheit. Wir bleiben die deutsche Europapartei. Wir bleiben die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehört für uns auch die Bewahrung der Schöpfung. Wir stehen auch in Zukunft für Freiheit und Verantwortung in Deutschland und Europa.

Das Grundsatzprogramm, das wir auf dem Hamburger Parteitag im Februar letzten Jahres beschlossen haben, beschreibt die Leitlinien unseres Handelns. Mit dem christlichen Menschenbild und den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität stehen wir auf einem festen Fundament. Auf dieser Grundlage wollen wir unseren Beitrag zur Tagesordnung der Zukunft leisten.

In wenigen Tagen wird in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. Es gilt, Eberhard Diepgen und unseren Berliner Freunden mit ganzer Kraft jede Unterstützung zu bieten.

Die CDU in Berlin kämpft dafür, weiterhin stärkste Partei zu bleiben und die Hauptverantwortung für die

deutsche Hauptstadt zu tragen. Einem Wahlsieg in Berlin kommt für uns besondere Bedeutung zu. Berlin ist und bleibt Symbol des Willens zur Einheit aller Deutschen in Freiheit.

Es ist unübersehbar: SPD und Grüne wollen auch dort gemeinsam an die Macht. Was immer man jetzt hört, ich sage: notfalls auch mit Duldung der kommunistischen PDS. Magdeburg war kein einmaliger Fehltritt. Dahinter steckte Strategie. Wenn möglich, soll jetzt in Berlin das Gleiche wiederholt werden. Das werden und wollen wir gemeinsam mit den Wählerinnen und Wählern in Berlin verhindern.

Am 24. März, in einigen Monaten, werden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die neuen Landtage gewählt. In allen drei Bundesländern befindet sich die Union im Aufwind. Wir werden mit Erwin Teufel, Johannes Gerster und Otfried Hennig mit ganzer Kraft kämpfen, damit es nach Hessen und Nordrhein-Westfalen nicht zu weiteren rot-grünen Koalitionen in der Landespolitik kommt.

Wir haben – das ist unübersehbar – in allen drei Bundesländern gute Chancen, führende Regierungspartei zu werden oder es zu bleiben. Aber Konrad Adenauer pflegte zu sagen: Wahlkampf ist vor allem Kampf. Deswegen lade ich alle, die dazu berufen sind, schon jetzt ein, in den entscheidenden Wahlkampfwochen in diesen drei Bundesländern dabei zu sein, nicht bloß zuzuschauen, sondern um jede Stimme zu kämpfen und mit den Menschen zu sprechen. Das ist die Parole für die nächsten Wochen und Monate.

Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, erlebt am Ende der Amtszeit von Ministerpräsident Rau Stillstand und Rückschritt. Rot-Grün in Düsseldorf zerstört Hoffnungen und Zukunftsperspektiven. Auch dies sei hier gesagt:

Die deutschen Sozialdemokraten sind im Kernland der deutschen Industrie dabei, ihre Wählerschaft, vor allem die Arbeitnehmer, zu verraten.

Uns, die Union, darf der desolate Zustand der deutschen Sozialdemokraten nicht dazu verleiten, jetzt weniger wachsam und kämpferisch zu sein. Jeder muß wissen, daß auch in Bonn von den Sozialdemokraten ein rot-grünes Bündnis angestrebt wird. Dann bräuchten wir über Zukunft und Zukunftssicherung nicht mehr zu sprechen; unsere Zukunftschance wäre verspielt.

In fünf Jahren geht das 20. Jahrhundert zu Ende, ein neues Jahrtausend beginnt. Das ist mehr als eine normale Jahrhundertwende. Jeder kann spüren, daß wir an einem wichtigen Wendepunkt stehen. Wir, die Deutschen, blicken auf die längste Friedensperiode unserer jüngeren Geschichte zurück. In diesen fünf Jahrzehnten haben wir, CDU und CSU, 33 Jahre lang die Regierungsverantwortung für die Bundesrepublik getragen. Wir haben unsere Republik, die vor bald einem halben Jahrhundert gegründet wurde, in Bund, Ländern und Gemeinden mehr als andere geprägt.

Hier in Karlsruhe wollen wir deutlich machen, daß sich die CDU besser als jede andere Partei für die Aufgaben der Zukunft rüstet, daß wir uns auf die neuen Herausforderungen vorbereiten. Im Gespräch mit führenden Köpfen unseres Landes wollen wir morgen die Fragen herausarbeiten, die im Blick auf das 21. Jahrhundert von besonderer Bedeutung sind.

Damit es klar ist: Es geht hier, auf diesem Parteitag in Karlsruhe, nicht darum, bereits ausgefeilte Antworten zu formulieren. Es geht darum, daß wir Fragen stellen, uns Fragen stellen lassen und offen diskutieren. Wir wollen dann in der Partei in den kommenden zwölf Monaten die Diskussion fortsetzen.

Ich erwarte, daß sich möglichst viele daran beteiligen – in den Orts- und Kreisverbänden, in den Vereinigungen. Ich erwarte vor allem, daß wir dabei das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort suchen. Die Arbeit mit solchen Themen kann uns nur guttun. Mit unserer offenen Diskussion über Zukunftsthemen wollen wir dann die Beschlüsse vorbereiten, die wir auf dem Parteitag in einem Jahr zu treffen haben. Dieser Parteitag wird dann der Vorbereitung des Wahlprogramms für die Wahl 1998 dienen.

Die nächste Legislaturperiode des Bundestages, die 1998 beginnt, dauert bis zum Jahr 2002. Das heißt, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das, worüber wir jetzt diskutieren, bereits über die Jahrhundert- und Jahrtausendwende hinaus reicht. Für uns als CDU ist dabei entscheidend, daß wir uns immer deutlich vor Augen führen, wie der Kompaß unserer Werte auf diesem Weg aussieht. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß in der 50jährigen Geschichte unserer Partei – am Beginn ebenso wie in der heutigen Zeit – dieser Wertekompaß notwendig und wichtig war bzw. ist. Er ist so wichtig wie eh und je. Die Auseinandersetzung mit ethischen Grundfragen ist kein Luxus, sondern ein entscheidender, ein ganz wesentlicher Teil des Nachdenkens über unseren Weg in die Welt von morgen.

Wenn Sie in diese Welt hineinschauen, werden Sie feststellen, wie stark sich das gesellschaftliche Umfeld verändert hat. Damit meine ich nicht nur und nicht einmal in erster Linie den Wandel der materiellen Lebensverhältnisse, sondern in allererster Linie die Veränderungen im Bewußtsein der Menschen.

Da ist zunächst einmal die Tatsache, daß zwei Drittel der heute in Deutschland lebenden Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg geboren und aufgewachsen sind. Sie kennen die Gründungsgeschichte

unserer Republik nicht mehr aus eigenem Erleben. Sie können aus eigener Anschauung nicht mehr ermessen, was es bedeutet, daß allein die gegenwärtige Bundesregierung demnächst auf eine Amtszeit zurückblickt, die länger ist als die ganze Geschichte der Weimarer Republik. Für die Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren und aufgewachsen sind, liegen die Namen Adenauer und Erhard und vieles von dem, was die Geschichte unserer Republik ausmacht, weit zurück. Sie kennen all diese – wenn überhaupt – oft nur aus Schulbüchern.

Die Erfolge von gestern, die wir nie vergessen dürfen, sind aber keine Anwartschaft auf den Erfolg von morgen. Wir müssen uns jetzt erneut bewähren.

Nur noch eine Minderheit hat persönliche Erinnerungen an die Katastrophe, in die das nationalsozialistische Regime Deutschland und Europa stürzte. Nur noch wenige wissen aus eigener Anschauung etwas von dem blutigen Terror, den die kommunistische Diktatur zu Stalins Zeiten verbreitete. Auch unter Ulbricht und Honecker wurde unzähligen Menschen schweres Leid zugefügt. Dies darf nicht verharmlost und nicht vergessen werden.

Wir als Union wenden uns leidenschaftlich gegen jene, die in einem Teil der verfaßten öffentlichen Meinung so tun, als habe es dieses verbrecherische Regime gar nicht gegeben. Wer einmal die Käfige in Bautzen sah, der weiß: Es war ein verbrecherisches Regime. Wir vergessen das niemals.

Ich empfinde großen Respekt vor den Männern und Frauen, die sich als Bürgerrechtler dem SED-Regime entgegenstellt haben, die dafür bespitzelt, verfolgt, eingekerkert oder ausgebürgert wurden. Ihr Vorbild sollte uns Mut machen, mit der gemeinsamen Freiheit in Deutschland verantwortlich umzugehen.

Das hohe Wohlstandsniveau in unserem Land hat bei vielen die Illusion aufkommen lassen, die materielle Sicherheit sei sozusagen automatisch garantiert. Immer mehr unserer Bürgerinnen und Bürger halten ein Leben in Frieden und Freiheit für selbstverständlich. Ich sage dies ohne jeden Vorwurf. Ich sage es aber im Sinne einer Feststellung, die uns daran erinnert, daß der Frieden und die Freiheit unseres Landes uns nicht als eine milde Gabe zufallen, sondern daß Frieden und Freiheit täglich neu erworben werden müssen.

Die in der deutschen Geschichte beispiellose politische Stabilität hat dazu beigetragen, daß immer mehr unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger meinen, es reiche aus, die Politik als bloße Zuschauer zu begleiten. Es ist ja sehr viel einfacher, mit Distanz, mit Häme auf diejenigen zu sehen, die bereit sind, Kraft, Zeit und Privatleben in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen. Aber als Zuschauerdemokratie hat unsere Republik keine Zukunft.

Wir wollen nicht vergessen, daß dieser Staat wir alle sind. Wir müssen den Menschen sagen und sie vor allem überzeugen, daß Sicherheit der Lebensverhältnisse eine Frucht vorausschauender Gestaltung ist. Ich bin der letzte, der den Menschen Zukunftsängste einreden will, aber ich plädiere nachdrücklich dafür, daß auch wir uns die Fähigkeit zur Selbstkritik bewahren.

Eugen Biser, der morgen unser Gast ist, hat vor einigen Jahren von einem „Bruch im Selbstverständnis des heutigen Menschen“ gesprochen. Der Verlust alter Gewißheiten, auch von Glauben und Gottvertrauen in unserer Gesellschaft markiert die andere große Veränderung im Bewußtsein der Menschen, auf die gerade wir uns als Christliche Demokraten einzustellen haben.

Zwei Entwicklungen treffen hier aufeinander. In ganz Deutschland erleben wir seit längerem einen fortschreitenden Säkularisierungsprozeß. Im Osten unseres Landes wurde und wird dieser Prozeß durch die Folgen der Unterdrückung kirchlichen Lebens unter der SED-Diktatur verstärkt. Noch in den 50er Jahren – der Oberbürgermeister sprach von dem Parteitag in Karlsruhe in jener Zeit – bekannten sich in der Bundesrepublik fast alle zu einer der großen Kirchen. Heute sind nur noch jeweils ein Drittel der Bevölkerung evangelische und katholische Christen. An einer Partei mit dem „C“ im Namen geht das nicht spurlos vorüber.

Diese Entwicklung hat viele Gründe. Darüber müssen auch wir nachdenken. Einer davon ist, daß auch manche Repräsentanten in unseren Kirchen sich darin gefallen, Ratlosigkeit – oft auch Angst – statt Zuversicht zu verbreiten.

Ich denke manches Mal an das Wort eines Pfarrers, der in seiner Weihnachtspredigt vor einigen Jahren sagte: „Der Engel von Bethlehem hat den Hirten auf dem Felde nicht gesagt: ‚Siehe, ich verkündige Euch ein großes Problem‘, sondern er hat ihnen gesagt: ‚Fürchtet Euch nicht! Denn siehe, ich verkündige Euch eine große Freude!‘“

Was dieser Pfarrer gesagt hat, ist nicht nur eine Sache für ihn und seine Konfratres. Es ist unsere Sache. Wenn wir im täglichen Umgang mit unseren Nachbarn, im Werben für unsere Partei nicht mehr jene Fröhlichkeit des Glaubens ausstrahlen, dann gehören wir zu jenen gestreßten Zeitgenossen, die nur noch Pessimismus und Weltuntergangsstimmung verbreiten. Genau dies ist nicht das Signum christlicher Demokraten.

Die Veränderungen in der Lebenswirklichkeit und dem Lebensgefühl der Menschen sind eine große Herausforderung für die

praktische Arbeit unserer Partei. Das wird sich in Zukunft noch verstärken. Das heißt konkret: Unser Engagement darf sich eben nicht nur auf die politische Arbeit in den Parteigremien beschränken, die oft ja auch auf den, der von draußen hereinkommt, steril wirkt. Es beginnt mit der Arbeit in Schulpflegschaften, in kirchlichen Gremien, in Sport- und Gesangsvereinen. Angesichts der dramatischen Abnahme der Bereitschaft zu dauerhafter Bindung müssen wir noch mehr auf die Menschen zugehen, uns um sie kümmern, Vertrauen erwerben, mit ihnen sprechen.

Aber – das muß deutlich werden – die Aufgeschlossenheit gegenüber Veränderungen bedeutet nicht die Aufgabe fundamentaler Prinzipien. Bewahren und Verändern sind für uns kein Widerspruch, sie bedingen einander. Das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Es ist kein Ausschließlichkeitsanspruch. Wir wissen, daß auch Christen in anderen Parteien versuchen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Für uns aber beschreibt dieses „C“ das sittliche Fundament, auf dem sich Menschen oft sehr unterschiedlicher Herkunft in dieser Partei zusammenfinden können.

Mit Prinzipienlosigkeit ist kein Staat zu machen. Selbstverständlich bejahen wir den Pluralismus unserer Gesellschaft und damit die weltanschauliche Neutralität des Staates. Das heißt aber überhaupt nicht, daß dieser Staat ein wertneutraler Staat wäre.

Auch hier gilt es, einen Kurs der Mitte und des Maßes zu steuern. Christliche Integralisten und radikale Laizisten bewirken von ihren gegensätzlichen Extrempositionen her letztlich das gleiche: Sie beschleunigen den Rückzug des Glaubens und der Kirchen aus dem öffentlichen Leben. Ich will mich hier mit Ihnen gemeinsam zu der Überzeugung bekennen, daß der Glaube an Gott untrennbar mit der

Pflicht verbunden ist, die Welt – diese Welt! – zu gestalten. Jeder Rückzug aus dieser Welt in eine Wagenburg wäre ein Verrat an diesem Auftrag.

Unsere Tagesordnung der Zukunft enthält ganz unterschiedliche Punkte: Sie umfaßt auch Aufgaben, die uns schon seit langer Zeit beschäftigen. Ich denke an die Vollendung der inneren Einheit und den Ausbau des europäischen Einigungswerks. In den fünf Jahren seit Wiedergewinnung der staatlichen Einheit sind wir weit vorangekommen, vor allem auch dank des persönlichen Einsatzes der Menschen in den neuen Ländern. Sie vollbringen in einer schwierigen Umbruchphase Beispielhaftes, das weltweit Anerkennung findet. Wir sollten es auch immer wieder aussprechen: Gerade jene, die wie ich das Glück hatten, im Westen zu leben und aufzuwachsen, sollten sich daran erinnern, was es heißt, in wenigen Jahren eine beinahe völlige Veränderung der persönlichen Lebensverhältnisse zu erfahren und daraus Konsequenzen ziehen zu müssen.

Aber – für uns ist Dankbarkeit nicht altmodisch geworden – wir danken auch den Menschen im Westen Deutschlands, ohne deren tatkräftige Unterstützung beim Aufbau Ost das bisher Erreichte so nicht möglich gewesen wäre. In manche Stimmen unserer Tage hinein sage ich: Wir brauchen für den Aufbau Ost auch morgen und in den kommenden Jahren die notwendigen Mittel. Er darf nicht abgebrochen werden. Das bleibt unsere Position.

Es bleibt jene Vision, die ich 1950 als Abiturient von Konrad Adenauer hörte. Damals rief er uns Jungen zu, daß deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten derselben Medaille sind. Oder wie es Thomas Mann schon 1930 formuliert hat: Wir sind deutsche Europäer und europäische Deutsche.

Zur Fortentwicklung der Europäischen Union hat der Bundesvorstand zu diesem Parteitag einen Antrag eingebracht, den wir heute nachmittag diskutieren und für den ich Sie herzlich um Ihre Zustimmung bitte.

Andere Aufgaben stellen sich uns heute unter veränderten Bedingungen: Wir brauchen eine erfolgreiche Wirtschaft mit innovativen Unternehmern und qualifizierten Arbeitnehmern. Wir müssen jetzt – nicht irgendwann – unseren Sozialstaat umbauen. Wir müssen ihn den sich verändernden Bedingungen anpassen. Nur so können wir die Herausforderungen meistern, die sich etwa aus den enormen Veränderungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung ergeben.

Andere Fragen stellen sich uns ganz neu, so z. B. die Frage, wie sich die revolutionären Entwicklungen bei der Kommunikationstechnologie auf Wirtschaft und Gesellschaft, ja auf unser persönliches Leben auswirken. Unsere moderne Gesellschaft kann auf diese Neuerungen nicht verzichten, weder auf Computer noch auf schnellen Austausch von Information. Wir wissen, es geht hier um Millionen neuer und zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Aber wir, die CDU, müssen uns aus unserem Menschenbild heraus auch Gedanken darüber machen, daß in unserer hochentwickelten, technisierten Welt die Menschlichkeit nicht auf der Strecke bleibt. Im täglichen Umgang erlebe ich, wie auch Sie, daß viele Zeitgenossen vor lauter Kommunikation gar nicht mehr miteinander sprechen. Eine Welt, in der die Kontakte nur noch über Datennetze geknüpft werden, wird kalt, unmenschlich und unerträglich.

Wir müssen auch an jene denken, die die unerbittlichen Normen von Schnelligkeit, Anpassungsfähigkeit und analytischer Intelligenz nicht so ohne weiteres erfüllen

können. Ich empfinde es als inhuman, wenn diese Männer und Frauen an den Rand gedrängt und zu Außenseitern gemacht werden. Norbert Blüm hat recht, wenn er in diesem Zusammenhang oft und mahndend von einer „neuen sozialen Frage“ spricht. Wenn wir über Zukunft reden, gehört auch dieses Thema zur Verpflichtung des humanen Denkens unserer Union.

In unserem Volk gibt es einen großen Reichtum an Menschen, die über die Gabe verfügen, auf andere einzugehen, ihnen zuzuhören, ihnen Geborgenheit zu vermitteln. Wir müssen diese Menschen ermutigen, ihre Fähigkeiten einzusetzen. Es ist wahr: Wir brauchen hochqualifizierte Pflegekräfte. Aber es werden doch vor allem auch Leute gebraucht, die anderen ganz einfach im Alltag helfen, Einsamkeit lindern. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich mache mir einige Sorgen, daß die Perfektionisten jetzt wieder unterwegs sind, daß im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung übertriebene Qualifikationen für die Pflegeberufe aufgebaut werden und am Ende die Pflege auf der Strecke bleibt. Das wollen wir so nicht.

Es wird von vielen Menschen viel geleistet, die anderen ganz einfach Zeit und Zuneigung schenken. Dazu gehört – auch das paßt in das Bild unseres Landes, über das kaum mehr gesprochen wird – die hingebungsvolle Arbeit von Millionen Müttern und Vätern in unserem Land.

Geborgenheit und Liebe zur Heimat, der Mut zum Neuen und Weltoffenheit – dies alles zusammen bildet für uns die Grundlage einer modernen Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Forschung, Technologie und Innovation werden – das ist wahr – immer mehr zu den entscheidenden Quellen für Wachstum und Arbeitsplätze. Deutschland muß in Forschung und Entwicklung Herausragen-

des leisten, um an der Seite der großen Exportnationen der Erde im Wettbewerb bestehen zu können. Wenn wir dies sagen, vergessen wir keine Minute, daß selbstverständlich nicht alles, was technisch machbar ist, ethisch verantwortbar ist. Dieses Jahrhundert hat uns gelehrt, vorsichtig zu sein. Gerade weil wir so denken, nehmen wir auch die Ängste ernst, müssen wir auch über ethische Fragen offen diskutieren und auch Risiken des Neuen benennen, wenn sie zu benennen sind. Aber in dieses Bild gehört auch, daß wir über die Chancen neuer Technologien sprechen und Zukunftspotentiale offensiv aufzeigen. Fortschrittsfeindlichkeit trägt nicht zur Minderung von Risiken bei, sondern sie vergrößert die Gefahren.

Das führt mich zu einem anderen ganz zentralen Thema. Wenn wir die Zukunft bewältigen wollen, müssen wir mit jener Irrlehre aufräumen, die die Linken über Jahrzehnte verbreitet haben, daß Demokratie und ein Ja zu Leistungseliten ein Gegensatz seien. Wir brauchen Eliten in unserem Land.

Damit meine ich nicht Geburtseliten, sondern jene, die aus ihrer Überzeugung, aus ihrem Willen heraus etwas leisten. Es ist wahr, wir freuen uns – gerade in diesen Tagen wieder – über jeden Nobelpreis, und eine solche Auszeichnung ermuntert andere zu höheren Leistungen. Wir brauchen solche Vorbilder. Aber sie sind eben nicht nur beim Hochleistungssport und bei der Wissenschaft, in der Nobelpreise verliehen werden, zu finden. Ich denke an die vielen, vielen im Land, die sich außerhalb ihres Berufs freiwillig in der Jugendarbeit, in politischen Parteien, in Kommunalparlamenten, in Bürgerinitiativen, in Caritas und Diakonie, in ihren Pfarreien und vielen anderen Bereichen engagieren. Ohne diese Männer und Frauen, die über das normale Maß hinaus etwas leisten, gäbe es keine Zukunft für unser Land. Das sind

Leistungseliten im besten Sinn des Wortes.

Wenn ich über negative Entwicklungen spreche, gehört für mich dazu auch der Rückgang der Bereitschaft, persönliche Verantwortung zu übernehmen, und statt dessen Entscheidungen anderen zuzuschieben. Erwin Teufel sprach im Blick auf Verfassungsgerichtsentscheidungen eine dieser Fragen an. Heute ist in Deutschland der Typ des Moderators chic, der in gepflegter Runde auf hohem Niveau, gut besodet, den Entscheidungen ausweicht.

Viele dieser Zeitgenossen halten für gar nichts den Kopf hin, und mit solchen Leuten gewinnen wir auch keine Zukunft. Umdenken heißt für mich immer auch, daß wir das Prinzip Verantwortung zum Leitmotiv machen. Dabei sind wir alle in Ost und West gefordert. Unter der früheren kommunistischen Diktatur herrschte die organisierte Verantwortungslosigkeit, und im Westen hat die Bereitschaft, etwas zu wagen, immer weiter abgenommen.

Ich bin nicht dafür, alles aus den USA zu übernehmen. Aber in amerikanischen Grundschulen lernen die Kinder schon einen Begriff, über den es nachzudenken lohnt, den Begriff der „leadership“. Er ist ins Deutsche nicht leicht zu übersetzen. Wenn ich das jetzt mit „Führerschaft“ übersetze, schreiben morgen wieder einige, ich sei auf dem Weg zum Neonazismus. „Leadership“ ist etwas anderes. Damit ist gemeint, daß Männer und Frauen Führung übernehmen. Das war in den 50er Jahren in Unternehmen, in Gewerkschaften, in der Politik noch ganz selbstverständlich.

Ich wünsche mir, daß in unseren Elternhäusern, in unseren Schulen – damit haben wir als verantwortliche Politiker viel zu tun – wieder mehr Erziehung zur Verantwortung erfolgt. Die junge Generation muß die Chance erhalten, Freude an der Ver-

antwortung für sich selbst zu entdecken.

Für die Führungsfähigkeit und damit für die Zukunft unserer Sache ist es lebenswichtig, daß wir fähig sind, uns eine eigene Meinung zu bilden, und nicht vom täglichen demoskopischen Bild abhängig werden. Wir haben unsere Erfahrungen in diesen Wochen, Monaten und letzten Jahren gehabt. Nach den Vorgängen in Bad Kleinen und kürzlich im Zusammenhang mit der Abschiebung sudanesischer Asylbewerber haben wir hysterische Medienkampagnen erlebt. Sie zeigen exemplarisch, auf welche Abwege bis hin zum Verlust unserer Identität wir geraten würden, wenn wir uns durch die Aufgeregtheiten des jeweiligen Tages aus der Fassung bringen lassen würden. Das darf nicht sein.

Aus gutem Grund haben die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes, von denen viele aus der Union kamen, die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ an den Beginn unserer Verfassung gestellt. Diese Verantwortung umfaßt auch den Auftrag, die uns anvertraute Schöpfung zu bewahren. Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft kommender Generationen – persönlich gesprochen: unserer eigenen Kinder und Kindeskinde. Jedes Land der Erde, auch Deutschland, muß sich in nationaler Verantwortung dieser Aufgabe stellen.

Wer in der Welt herumkommt und sich umhört, weiß, daß wir Deutschen bei Umweltvorsorge und Umweltschutz einen hervorragenden Ruf genießen und von vielen als Vorbild betrachtet werden. Aber wahr ist auch, daß noch viel zu tun ist. Nur mit intelligenten und innovativen technischen Lösungen wird es gelingen, die Zukunft unseres Planeten wirksam zu sichern. Hier müssen wir Pionierarbeit leisten, hier müssen wir unser Wissen und unser technisches Potential einsetzen.

Ich denke, ein Land, in dem das Automobil erfunden wurde, muß auch in der Lage sein, das so lange angekündigte Dreiliterauto herzustellen und auf dem Markt durchzusetzen.

Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze, wenn wir moderne Umwelttechnologien effizient nutzen und die notwendigen Rahmenbedingungen vernünftig gesetzt werden. Dies ist nur mit – ich betone mit – und nicht gegen die Wirtschaft bei uns und in Europa zu erreichen. Unser Grundsatzprogramm spricht aus gutem Grund von der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Stärker als bisher wollen wir die Kräfte und Steuerungsmechanismen unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung einsetzen, um einen schonenderen Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Wir sollten auch an die Chancen denken, die sich uns dabei bieten. Wer in diesen Jahren auf der Hannover-Messe war, wird feststellen, daß allein die Entwicklung der Umwelttechnologie weltweit ein deutscher Exportschlag geworden ist.

Versöhnung von Ökonomie und Ökologie heißt aber auch, unnötige Belastungen von Unternehmen durch immer neue Abgaben und Auflagen zu vermeiden.

Es ist doch niemandem damit gedient, wenn aus ideologischen Gründen eine Politik nationaler Alleingänge Produktion aus Deutschland vertreibt. Über Grenzen hinweg kommen die Probleme zu uns zurück, und die Arbeitsplätze bleiben bei uns verloren. Keiner, der Vernunft hat, wird sich dagegen wehren, die Lenkungs-funktion von Steuern stärker in den Dienst von Umweltvorsorge und Umweltschutz zu stellen. Aber die ideologische Inbrunst, mit der diese Debatte bei uns geführt wird, zeugt für mich von einem Maß an Provinzialismus, das wir uns heute weniger denn je leisten können.

Ich rate allen, auch uns in der Union, daß wir diese Debatte mit mehr Sinn für die globalen Zusammenhänge führen. Wir müssen unser Können und unser Wissen in den Dienst des Umweltschutzes hier bei uns in Deutschland, aber auch in anderen Ländern der Erde stellen.

Es wird nur gelingen, das Ziel zu erreichen, wenn wir die Armut gemeinsam mit Schwellen- und Entwicklungsländern auf ökologisch erträgliche Weise bekämpfen.

Die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Schutz des Weltklimas sind Schicksalsfragen der Menschheit. Bei der Vorbereitung meiner Rede dachte ich an die Rede, die Franz Meyers auf dem letzten Karlsruher Parteitag zu diesem Thema gehalten hat. Wir sprechen nicht zum ersten Mal in Karlsruhe über dieses Thema. Er sprach auch von einer Schicksalsfrage der Deutschen und der Welt.

Es muß uns zutiefst beunruhigen, daß die schützende Ozonschicht unserer Erde pro Jahrzehnt um 5 bis 10 Prozent abnimmt. Wir haben die Pflicht, jetzt, da wir Kurs auf das 21. Jahrhundert nehmen, darüber nachzudenken, was wir heute nicht nur national, sondern auch international tun können.

Es kann uns doch nicht gleichgültig lassen, daß sich die Erdatmosphäre fortlaufend erwärmt. Wenn wir hier nicht zu einer weltumspannenden Partnerschaft kommen, werden dichtbevölkerte Landstriche untergehen, werden Millionen Menschen von bisher nicht erlebten Stürmen, Fluten oder Trockenheiten bedroht.

Derjenige, der das zu Ihnen sagt, steht nicht in dem Ruf, einer „grünen Hysterie“ zu erliegen. Ich bin nach sorgfältigen Überlegungen und vielen Diskussionen zu der Überzeugung gekommen, daß die Zeit für eine große Umweltinitiative über die Grenzen der Kontinente hinweg reif ist. Ich habe deshalb in den letzten Monaten

versucht, in ersten Gesprächen mit Präsident Mandela von Südafrika und Präsident Cardoso von Brasilien zu erreichen, daß wir gemeinsam eine neue Initiative in Gang setzen.

Es ist noch nicht zu spät, aber es ist sehr spät. Deswegen muß jetzt etwas geschehen.

Die traditionellen sozialen Fragen, die uns in Deutschland seit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert beschäftigt haben, sind heute zu einem großen Teil beantwortet. Unser Ziel ist und muß bleiben, das soziale Netz tragfähig zu halten. Wer es jetzt aber noch immer enger knüpfen will, der muß auch wissen: das bedeutet das Ende von weiteren Freiräumen, die notwendig sind, um neue Arbeitsplätze zu gewinnen und vor allem unser System sozialer Sicherheit zu bewahren.

Die Union hat – das ist einer der großen Verdienste von Ludwig Erhard – die erfolgreichste Wirtschafts- und Sozialordnung der deutschen Geschichte, die Soziale Marktwirtschaft, gegen teilweise erbiterte Widerstände durchgesetzt.

Soziale Marktwirtschaft – ich betone, wir reden nicht von Marktwirtschaft, das überlassen wir anderen in Deutschland und Europa, wir reden von **Sozialer** Marktwirtschaft – ist die gelungene Verbindung aus freiem Wettbewerb und sozialem Ausgleich: Wir wollen keine menschlich kalte Gesellschaft, in der der Schwächere auf der Strecke bleibt. Wir wollen auch keine Gesellschaft, in der Sozialneid und überzogenes Umverteilungsgedenken jegliche Initiative ersticken, Leistung lähmen und die Menschen in ihrer Kreativität einengen.

Deshalb stellen wir uns Tendenzen entgegen, die darauf hinauslaufen, überholte, nicht lebensfähige Strukturen künstlich zu bewahren, Besitzstände zu zementieren oder überzogenes Anspruchsdenken zu fördern. Die Stunde der Wahrheit ist da!

Wir müssen das jetzt alles Stück für Stück angehen und in der Praxis durchsetzen. Angesichts der neuen Konkurrenz in Fernost und vor unserer Haustür, in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, wird uns jetzt, wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, die Fähigkeit zum Wandel abverlangt. Wir müssen umdenken, z. B. in der Tarifpolitik. Ich mische mich nicht in die Tarifautonomie ein. Ich denke nicht daran, diese kostbare Erfahrung und Errungenschaft der Sozialpartner nach dem Zweiten Weltkrieg in Frage zu stellen.

Dennoch sage ich: In der Tarifpolitik dürfen die Interessen der Arbeitslosen nicht hinter den Einkommensinteressen der Beschäftigten zurückbleiben.

Wir geraten auf einen sehr gefährlichen Pfad, wenn die Tarifpolitik dazu beitrüge, daß die Leistungsschwächeren immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen und an den Sozialstaat verwiesen werden.

Das gilt auch für die Personalpolitik der großen deutschen Unternehmen. Das, was in den letzten Jahren mit dem frühzeitigen Ausscheiden älterer Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit geschehen ist, gehört nicht zu dem Ruhmesblättern unserer Wirtschaftsgeschichte und muß schnellstens beendet werden.

Es ist weder gerecht noch solidarisch, wenn in Betrieben – aber das gilt auch für die öffentliche Verwaltung einschließlich des Bundes, ich sage das, damit wir uns nicht falsch verstehen – die Flexibilisierungschancen, die durch das neue Arbeitszeitrecht geschaffen worden sind und in vielen Tarifverträgen ihren Niederschlag gefunden haben, zu wenig genutzt werden.

Die größte Herausforderung – Erwin Teufel hat das zu Recht gesagt – ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Aber das muß man aussprechen: Neue, zusätzliche Arbeitsplätze können nicht in größerer Zahl im öffent-

lichen Dienst entstehen. Wir wollen doch den „schlanken Staat“. Das bedeutet doch eher Abbau von Verwaltung und Bürokratie.

Ebenso wissen wir auch, daß unsere international tätigen Großunternehmen nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie auch die Möglichkeiten nutzen, Kosten einzusparen und zu rationalisieren. Das heißt im Klartext, daß von dort in absehbarer Zeit nicht eine große Zahl neuer Arbeitsplätze kommen wird. Es bleibt die Frage, woher kommen neue Arbeitsplätze?

Wir haben doch unsere Erfahrungen; wir müssen uns nur an sie erinnern. In den 50er Jahren hatten wir in Deutschland eine breite Gründerwelle im selbständigen Mittelstand. Es wurden damals Hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Das ist auch heute notwendig. Wir brauchen neue Betriebe. Wir brauchen Unternehmer, die sich etwas zutrauen, die Ideen haben und Arbeitsplätze schaffen. Mit einem Wort: Wir brauchen eine neue Kultur der Selbständigkeit in unserem Land. Das ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine Veränderung.

Ich will die Dinge nicht dramatisieren. Aber nach meiner Ansicht ist das eine der Schicksalsfragen unseres Landes. Ein gesunder Mittelstand ist das Rückgrat der Sozialen Marktwirtschaft. Es muß uns doch umtreiben, wenn wir wissen, daß in den nächsten fünf bis zehn Jahren – das ist eine knappe Spanne Zeit – 700.000 mittelständische Unternehmer, darunter rund 200.000 Handwerker, einen Nachfolger für ihren Betrieb suchen.

Eine Umfrage der Handwerkskammer für München und Oberbayern – die Zahlen können Sie auf das gesamte Bundesgebiet, jedenfalls auf die alten Bundesländer ausdehnen – hat ergeben, daß für jeden zweiten Handwerksbetrieb bereits heute feststeht, daß es in der eigenen Familie keinen Nachfolger geben wird, weil es keinen

Nachwuchs gegeben hat oder weil die Kinder aus vielfältigen Gründen kein Interesse daran haben, den väterlichen Betrieb zu übernehmen.

Als wichtigste Ursachen für die fehlende Bereitschaft des Nachwuchses, den elterlichen Handwerksbetrieb zu übernehmen, werden genannt: die hohe Arbeitsbelastung eines selbständigen Handwerksmeisters und das gegenüber angestellten Arbeitnehmern hohe Risiko sowie die geringere soziale Sicherheit.

In dieser Äußerung spiegelt sich vieles wider. Aber zu einem guten Stück – deshalb spreche ich davon – spiegelt es die Versäumnisse unseres Bildungswesens wider. Es erzieht viel zu sehr zum Sicherheitsdenken und viel zu wenig zum Glauben an den unternehmerischen Wagemut.

Als Jürgen Rüttgers vor einigen Wochen die Zahlen veröffentlichte – ich sage das ganz offen –, habe ich sie nicht geglaubt; ich habe sie noch einmal hinterfragt. Es ist eine Tatsache, daß gut 40 Prozent aller berufstätigen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst arbeiten. Das zeigt, daß Selbständigkeit in unserer Gesellschaft wieder einen höheren Stellenwert erhalten muß.

Das ist vor allem auch eine Frage des gesellschaftlichen Klimas. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß jemand, der sich selbständig macht, als Arbeit Gebender mehr gesellschaftliche Anerkennung erfährt, und nicht Mißgunst und Anfeindung.

Wir müssen uns darum kümmern, daß Existenzgründer ermutigt und nicht durch überzogene Zugangshürden und Regulierungen abgeschreckt werden. Das gilt für alle Bereiche: Das gilt für die Bereiche der kommunalen, der Landes- und der Bundesvorschriften, das gilt für die Bereiche, die in Kammern beraten werden – ich spreche das einmal offen aus –, das gilt auch für all die Bereiche, wo

die Banken Geld zu verleihen haben. Sie sollten vielleicht zu ihrem Wagemut aus den 50er Jahren zurückfinden – obwohl ihre Finanzgrundlagen jetzt etwas günstiger sind als zur damaligen Zeit.

Wir müssen den Wagemut von Existenzgründern fördern. Wir müssen ganz einfach wissen: Jeder, der bei uns einen neuen Betrieb gründet, schafft im Durchschnitt für vier weitere Menschen Arbeit und Brot. Das heißt, wenn wir die Welt mit Blick auf die Arbeitslosigkeit verändern wollen, müssen wir aufbrechen. Das hat, nebenbei bemerkt, seit Ludwig Erhards Zeiten auch einen parteipolitischen Vorteil. Wir waren immer die Partei des Mittelstands und nicht der deutschen Großindustrie. Das soll so bleiben, und das hat sich immer als eine solide Grundlage erwiesen.

Mir ist klar, daß kaum etwas so schwer zu verändern ist wie eingefahrene Denkstrukturen. Und dennoch müssen wir es wagen. Wir brauchen mehr Innovationen; denn Innovation ist die Voraussetzung für Zukunft.

Dazu gehört auch, daß wir uns dem Sozialneid entgegenstellen. Den Schwachen ist doch nicht damit geholfen, daß den Starken immer mehr weggenommen wird. Sozialneid führt doch nur dazu, daß man sich um das Verteilen von Brot mehr kümmert als um die Bestellung der Felder.

Wir müssen auch gegen die Trittbrettfahrer in unserer Gesellschaft Front machen, die, ohne selber etwas zu tun, Leistungen in Anspruch nehmen. Aber, lassen Sie uns vom Mißbrauch in allen Bereichen reden, vom Mißbrauch sozialer Leistungen, z. B. von Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe; hinzu kommt das Hinterziehen von Steuern und das Erschleichen von Subventionen.

Das alles hat auch mit der Frage zu tun, ob unsere moralischen Kategorien und Koor-

dinaten stimmen. Ich will hier nicht predigen. Aber wer glaubt, wir könnten über Zukunft reden und dabei nur die materiellen Erfordernisse des Landes im Auge haben, der gibt dem Land keine Zukunft.

Es geht nicht darum, daß wir überall Gesetze verschärfen und neue Staatsanwälte zur Verfolgung von Mißbrauch einsetzen. Vielmehr geht es darum, daß sich das Gebot, daß man der Gemeinschaft etwas schuldet, wieder durchsetzt.

Ich sage sehr einfach – manchem vielleicht zu einfach –: Ich denke bei diesen Diskussionen immer daran, was uns die Generation unserer Mütter gesagt hat, nämlich an den Satz: „So etwas tut man nicht.“ Aber darin steckt eine tiefe Weisheit.

Wenn unsere Gesellschaft nur noch zwei Kategorien kennt, „per Gesetz erlaubt und per Gesetz verboten“, dann ist das eine unmenschliche Gesellschaft. Es muß ein breites Mittelfeld geben, wo man sich darauf verlassen kann, daß ein anständiger Mensch seine Steuern bezahlt, daß der königliche Kaufmann keine Subventionen erschleicht und daß der Arbeitnehmer seine Pflicht erfüllt und eben nicht versucht, Sozialleistungen zu erschleichen, wie es gelegentlich beobachtbar ist. Hier ist eine Wende notwendig, wenn wir Zukunft haben wollen.

Dazu gehört auch, daß wir gegen eine Mentalität Front machen, die vom Staat die Übernahme aller Risiken erwartet. Wenn der Staat zuviel Sicherheit verspricht, verdrängt er Wagemut und Zukunftsvorsorge. Er schwächt im übrigen die Solidarität in der Familie und in den kleinen Gemeinschaften.

Das alles hat auch mit unserem Verhältnis zu unseren Staatsfinanzen zu tun. Heute sind die Zeitungen voll davon, daß Theo Waigel eine Haushaltssperre verhängt hat – mit meiner vollen Unterstützung. Wir müssen bei den Staatsfinanzen wieder

Handlungsspielräume zurückgewinnen, für uns selbst und vor allem auch für die nächste Generation. Man kann doch nicht solidarisch denken und reden und vergessen, daß wir nicht das Recht haben, auch in der Finanzwirtschaft unseres Landes auf Kosten kommender Generationen zu leben. Deswegen ist eine Politik solider Staatsfinanzen auch eine solidarische Politik.

Wenn wir heute in Deutschland – darauf sind wir, darauf bin auch ich stolz – trotz der einigungsbedingten Sonderlasten mit guten Finanzdaten im internationalen Vergleich mit an der Spitze aller großen Industrienationen stehen, dann ist das unsere Leistung.

Der Internationale Währungsfonds erwartet für das kommende Jahr ein deutsches Haushaltsdefizit in Höhe von nur 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Nur die USA schneiden besser ab; aber sie haben in anderen Bereichen wesentlich schlechtere Daten. Der Internationale Währungsfonds bezeichnet den Fortschritt beim Abbau der einigungsbedingten Haushaltsdefizite als beispielhaft für andere Länder.

Theo Waigel ist viel angefeindet worden. Aber ich finde, er hat für diese klare Position, die etwas mit Zukunft zu tun hat, viel Lob verdient.

Es ist kein Staatsgeheimnis – wir sollten das den Leuten viel häufiger sagen –, daß Deutschland neben Luxemburg bereits heute die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages für die Europäische Währungsunion erfüllt. Auch das ist Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes. Die Anstrengungen dieser Jahre haben dazu geführt, daß die Inflationsrate erheblich unter 2 Prozent gesunken ist; das bedeutet praktisch Preisstabilität.

Es sei mir erlaubt, mit zwei Sätzen darauf hinzuweisen, daß uns vor fünf Jahren – in den Wochen vor der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion – die großen Gurus der Finanzwelt in Deutschland und

in Europa zweistellige Inflationsraten vorausgesagt haben. Es sind im übrigen zum Teil dieselben Leute, die jetzt aus den gleichen, wenig überzeugenden Motiven die Angst vor der Europäischen Währungsunion schüren. Das sind dieselben Leute, die mit Miesmachen gut Geld verdienen.

Stabiles Geld ist für uns Deutsche nicht irgendein Thema. Ich sage das gerne auch in Anwesenheit unseres Freundes Jacques Santer. Aus bitterer geschichtlicher Erfahrung, Jacques, wissen wir, wie schnell Inflation das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Institutionen zerstört und zu einer Gefahr für die Demokratie wird.

Also, liebe Freunde in Europa: Es ist keine deutsche Hysterie, wenn wir mit Blick auf die europäische Wirtschafts- und Währungsunion immer wieder mit Nachdruck betonen, daß die Stabilitätskriterien des Vertrags von Maastricht eingehalten werden müssen und daß sie nicht zur Disposition gestellt werden. Das ist eine Schicksalsfrage für die deutsche Demokratie aus den Erfahrungen des jetzt zu Ende gehenden Jahrhunderts. Wir brauchen diese klare Haltung und Position, weil wir Europa wollen.

Was immer auf irgendwelchen Couloirs in Hauptstädten Europas geflüstert wird, was immer in Parlamenten gesagt wird: Wir bleiben auf Kurs! Es gibt für die deutsche Politik keine Alternative zu jener Aussage, die wir immer gemacht haben: daß wir das freie und geeinte Deutschland fest in ein freies und geeintes Europa einfügen.

Wir brauchen Europa als wetterfestes Haus mit einem stabilen Dach, in dem alle europäischen Völker je nach ihren Bedürfnissen ihre Wohnung finden – und mit einem Dauerwohnrecht für unsere amerikanischen Freunde.

Ich bleibe bei meiner These, daß die Frage der Einigung Europas eine Frage von

Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert ist. Am heutigen Tag – es lohnt sich, einen Moment innezuhalten und darüber nachzudenken – sind es genau 70 Jahre, daß der Vertrag von Locarno paraphiert wurde. Es war der erste große Versuch, dauerhaften Frieden in Europa nach dem Ersten Weltkrieg zu schaffen. Gustav Stresemann und Aristide Briand haben zu Recht für dieses Werk den Friedensnobelpreis bekommen. Wenn Sie damals in Paris, in London, in Rom oder irgendwo in Deutschland irgend jemanden gefragt hätten „Gibt es noch einmal einen deutsch-französischen Krieg, besteht wiederum die Gefahr eines Weltkrieges?“, dann hätte dies kaum jemand für möglich gehalten. Man war, so glaubte man, über die Hürde. Die Menschen dachten, der Frieden sei gesichert. Dennoch kam acht Jahre später Hitler, und weitere sechs Jahre später brach der Zweite Weltkrieg aus.

Natürlich weiß ich, daß sich Geschichte nicht einfach wiederholt, aber ich weiß auch, daß der Bau des Hauses Europa die einzige wirkliche Garantie für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert ist.

Wer sagt, dies sei eine unzulässige Dramatisierung, den frage ich ganz einfach: Wer hätte heute vor fünf Jahren geglaubt, daß wir nun Jahr um Jahr und Abend für Abend die schrecklichen Bilder aus dem früheren Jugoslawien im Fernsehen sehen: Massenvergewaltigungen, ethnische Vertreibung, Mord und Totschlag, einen grausamer Bruderkrieg.

Deshalb – und ich sage das mit allem Nachdruck zu Ihnen allen -, lassen Sie uns gemeinsam aufbrechen, wie es uns der Kompaß unserer Partei immer vorgegeben hat: daß wir unsere politische Existenz einbringen – wie ich es selbst auch tun will –, um das Werk der europäischen Einigung unumkehrbar zu machen.

Die entscheidenden Schritte folgen jetzt in

den nächsten zwei Jahren. Wir werden im ersten Halbjahr des neuen Jahres die Regierungskonferenz unter italienischem Vorsitz beginnen, wir werden sie unter irischem Vorsitz fortsetzen und, wie ich denke, unter niederländischem Vorsitz im ersten Halbjahr 1997 beenden. Wir haben jetzt die Chance! Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Schiffe in Europa wieder weit auseinandertreiben, und es wird lange dauern, bis wieder die gleiche Chance kommt. Bei allen Sorgen um den Alltag unserer Republik: Jetzt gilt es, diese Vision zur Realität werden zu lassen und den Bau des Hauses Europa unumkehrbar zu machen.

In nur fünf Jahren beginnt das nächste Jahrhundert. Jeder spürt – wenn er die Welt, in der wir leben, nachdenklich betrachtet -, daß für uns neben allem, was wir im Materiellen tun müssen, die entscheidende Herausforderung darin liegt, mit klaren ethischen Maßstäben in dieses Jahrhundert zu gehen. Wenn uns das gelingt – auch uns als Partei –, haben wir allen Grund, den Weg in die Zukunft zu gehen.

Es ist wahr, die Generation des Aufbaus, die Gründer, von denen ich heute bei der Begrüßung sprach, haben es in vieler Hinsicht schwerer gehabt, aber sie hatten es in anderer Hinsicht auch leichter. Die bittere Erfahrung von Krieg und Gewaltherrschaft hatte sie gelehrt, zwischen Gut und Böse klar zu unterscheiden. Uns geht es heute materiell unvergleichlich viel besser als der Generation unserer Eltern und – von den Jungen her gesehen – der Großeltern vor 50 Jahren. Aber dafür sind wir in unserem moralischen Urteilsvermögen vielfach unsicherer geworden, oft genug auch orientierungslos.

Ich finde, wir als Partei haben allen Grund, uns deswegen der Gesetze des Anfangs vor 50 Jahren zu erinnern. Unsere Partei ist damals als eine Union der christlichen Konfessionen entstanden. Lange

vor dem großartigen Papst Johannes XXIII. und seinem Aggiornamento haben wir uns als katholische und evangelische Christen zusammengefunden, als eine Union der verschiedensten Gruppierungen, Stände und Schichten unseres Volkes, als eine Union der deutschen Landschaften; das ist Föderalismus im besten Sinne des Wortes.

Darüber hinaus sind wir in diesen 50 Jahren auch eine Union der Generationen geworden. Es ist die Aufgabe der Älteren, die Lebenserfahrung, die sie selbst gewonnen haben, an die Jüngeren weiterzugeben. Deswegen ist es wichtig – und deswegen bitte ich Sie auch um Unterstützung für die Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung, die in vielen Kreisverbänden in der Bundesrepublik zu sehen ist –, die Zeugnisse der „Stunde Null“ unseres Landes sich noch einmal zu vergegenwärtigen.

Als in den frühen Morgenstunden des 4. April 1945 die Truppen der ersten französischen Armee gegen Karlsruhe vorrückten, vegetierten in dieser Stadt noch 20.000 Menschen. Die Rheinbrücke bei Maxau hier in der Nachbarschaft war schon fast völlig zerstört; deutsche Soldaten sollten sie beim Auftauchen der ersten feindlichen Einheiten sprengen. Ein Augenzeuge berichtet:

„Allmählich sammelten sich auf der linken Rheinseite viele versprengte deutsche Soldaten, die uns verzweifelt zuriefen und über den Strom übergesetzt sein wollten. Viele von ihnen sind unter dem Beschuß der nachrückenden französischen Truppen gefallen oder bei dem Versuch, den Fluß zu durchschwimmen, in den reißenden Fluten des Rheins ertrunken.“

In der Zeit der Besetzung, die dann folgte, wurde der Rhein für die Deutschen zu einer unüberwindbaren Barriere. Unser Vaterland war in vier Besatzungszonen geteilt; an eine Zukunft in einem vereinten

Deutschland glaubten nur noch die wenigen.

Dennoch, wir haben das Geschenk erlebt, daß wir am 3. Oktober 1990 die Einheit in Frieden und Freiheit für Deutschland wiedergewonnen haben – mit Zustimmung all unserer Nachbarn. Die Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit – „fast 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 50 Jahre Christlich Demokratische Union“ – ist zuallererst das gemeinsame Werk von Millionen fleißiger Menschen, in Karlsruhe genauso wie überall sonst in Deutschland. Und auch das wollen wir nicht vergessen: Sie ist auch das Ergebnis von viel Hilfe und Unterstützung, die wir in kritischer und schwerer Zeit von unseren Freunden in der Welt bekommen haben.

Dankbarkeit heißt auch, daß wir, die wir Hilfe erfahren haben, heute, da wir zu den reichen Ländern dieser Erde gehören, anderen helfen, die sich selbst nicht helfen können.

50 Jahre, das ist eine gewaltige Wegstrecke. Wir sind nicht nur „davongekommen“, wie es damals hieß, sondern wir haben Grund zu Dankbarkeit, und wir dürfen auch stolz auf das Geleistete sein. Wir haben Erfolge erzielt, von denen die Gründer der CDU nicht zu träumen wagten.

Viele Hunderttausende haben in diesen Jahrzehnten in unserer Partei durch harte Arbeit dafür die Voraussetzungen geschaffen, und ihnen gebührt Dank. So dürfen wir stolz sein, Mitglieder der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zu sein, und wir nehmen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an.

Gemeinsam mit den Menschen in unserem Lande wollen wir die Zukunft Deutschlands und die Zukunft Europas gestalten. Tun wir gemeinsam unsere Pflicht!

(Langanhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Symbol für Macht und Tapferkeit, aber auch gesellig und familienfreundlich

Für eine eigenständige regierungsfähige Mehrheit will die baden-württembergische CDU im Landtagswahlkampf, der jetzt anläuft, kämpfen, um es am 24. März 1996 „wieder allein schaffen zu können“, wie Ministerpräsident Erwin Teufel am Montag den Delegierten erklärte. Und gleich am ersten Tag in Karlsruhe bedankte er sich für die zehn Einsätze, die der Bundeskanzler als Wahlkampfhilfe zugesagt hat, mit einem baden-württembergischen Spitzenprodukt „Steff: Knopf im Ohr“.

*(Heiterkeit und Beifall –
Ministerpräsident Erwin Teufel
überreicht Bundeskanzler Helmut Kohl
einen Stofflöwen)*

Und damit auch jeder im Saal versteht, was er mit dem Geschenk meint, erläutert Erwin Teufel ausführlich:

Meine Damen und Herren, es ist ein Löwe aus einer ganzen Reihe von Gründen:



Erstens. Der Staufer Löwe ist das baden-württembergische Wappentier.

Zweitens. Der Löwe ist der König der Tierwelt.

Drittens. Der Löwe läßt keinen Feind in sein Revier.

(Heiterkeit und Beifall)

Viertens. Löwen gelten intern als gesellig und familienfreundlich.

(Heiterkeit)

Fünftens. Löwen sind das Symbol für Macht und Tapferkeit.

Und sechstens. Im Brockhaus – auch einem baden-württembergischen Produkt –

(Heiterkeit)

habe ich folgende Definition gefunden: „Der Löwe ist eine nachtaktive Großkatze.“

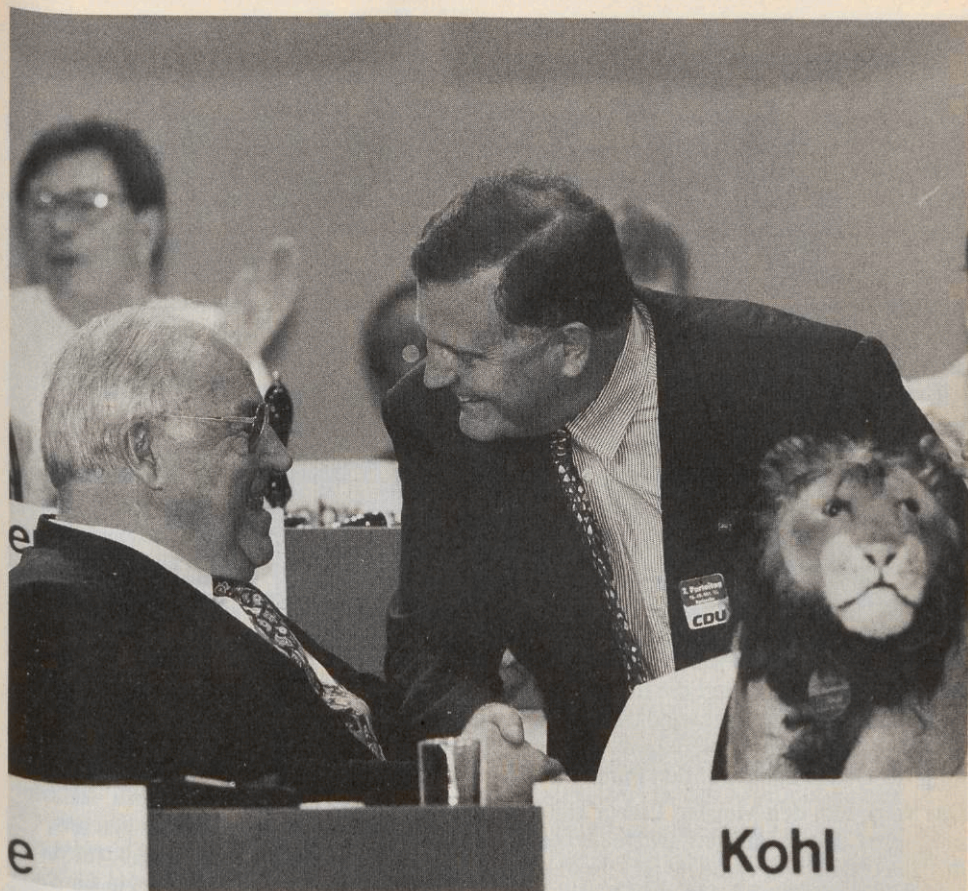
(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, alle Assoziationen mit lebenden Personen sind frei erfunden.

Herr Bundeskanzler, der Löwe aus Baden-Württemberg möge seinen Platz neben dem Pfälzer Löwen finden!

**Meist schauen die Löwen
zunächst nur zu, wenn die
Löwinnen die Jagd einbringen.**

„Das mit dem Löwen hat mir gut gefallen“, bedankt sich Helmut Kohl für das Geschenk bei Erwin Teufel und unter-



Kohl

bricht Applaus und Heiterkeit der Delegierten mit zwei eigenen Assoziationen zur nachtaktiven Großkatze:

... bevor Sie jetzt applaudieren: Er hat einen wichtigen Punkt weggelassen. Zur Wahrheit gehört auch, daß die männlichen Löwen ziemlich faul sind und die weiblichen Löwen die Arbeit machen müssen.

(Heiterkeit und Beifall)

Es ist von den Zoologen längst nachgewiesen, daß die Löwen zunächst meist zuschauen, wenn die Löwinnen die Jagd einbringen. Ich will jetzt nichts zu der Abstimmung am Mittwoch sagen,

(Heiterkeit)

aber das ist ein ganz interessanter Punkt.

Und da ist noch etwas, Erwin Teufel. Heute abend kommt Theo Waigel. Wenn er schon da wäre, würde ich ihm jetzt sagen: „Der Löwe ist auch das Pfälzer Wappentier.“ Was die Bayern nicht so gerne hören: Der Pfälzer Löwe ist der Vater des bayerischen Löwen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn man auf 50 Jahre CDU und CSU zurückblickt, muß man das gelegentlich einmal sagen. Das tut einem gut. ■

Wolfgang Schäuble:

Mut zur Zukunft

74 Millionen Deutsche leben friedlich miteinander vereinigt zusammen mit sieben Millionen Ausländern in einem Staat, der seinen Einwohnern individuelle Freiheit, kollektiven Wohlstand und soziale Sicherheit in einem Maß garantiert, wie dies in einem deutschen Gemeinwesen nie zuvor der Fall war.

Das ist ein Zitat. Es stammt von Henryk Broder, und es fand sich jüngst in einem jener Magazine, von denen unser Vorsitzender sagt, daß wir sie lieber nicht lesen sollten.

Man kann gleichwohl jedes Wort davon unterschreiben. Es bringt die historische Leistung der Christlich Demokratischen Union in 13 Jahren Regierungsverantwortung für Deutschland auf den Punkt.

Das Werk lobt den Meister. Lieber Helmut, unter deiner Führung ist Deutschland das geworden, was es heute ist: ein in Frieden und Freiheit wiedervereintes Land, ein blühendes Gemeinwesen, geschätzt, auch bewundert von seinen Nachbarn und in der ganzen Welt. Dafür sagen wir dir von Herzen Dank.

Gestern ist auf den Tag genau ein Jahr seit der Bundestagswahl vergangen. Es war ein erfolgreiches Jahr. Wir haben bewiesen, daß wir auch bei knappen Mehrheiten zu gestaltender Politik fähig bleiben. Unsere Erfolge zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Kaum eine Regierung zuvor war ein Jahr nach der Wahl von einer so breiten Zustimmung getragen wie die Regierung Helmut Kohl heute. Die Menschen spüren, daß wir Wort halten, daß auf uns Verlaß ist, und die Menschen können

darauf vertrauen, daß das so bleiben wird. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben vor zwei Wochen zum fünftenmal den Tag der Wiedervereinigung unseres über vier Jahrzehnte geteilten Vaterlandes

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Fraktion im Deutschen Bundestag

feiern können – im Zeichen einer gewaltigen Aufbauleistung im Osten, im Zeichen sich angleichender Lebensverhältnisse, eines wachsenden Optimismus bei den Menschen in den neuen Ländern. Ich finde, wir haben den Tag würdig gefeiert, und zum Feiern war auch Anlaß, für die Menschen im Osten genauso wie für die im Westen, denn die deutsche Einheit macht uns alle reicher.

Trotz dieser historisch einmaligen Solidarleistung der Deutschen sind die Preissteigerungsraten und die Zinsen in Deutschland heute so niedrig wie seit sieben Jahren nicht mehr, verzeichnen wir ein stetiges Wirtschaftswachstum, das voraussichtlich auch in den nächsten Jahren anhalten wird, ist unsere Mark stabil geblieben, floriert der Export, verstärkt sich die Binnennachfrage.

Trotz der einmaligen Sonderbelastungen zur Bewältigung der deutschen Teilung haben OECD wie Internationaler Währungsfonds unsere Finanzpolitik als



vorbildlich für alle Industrieländer bezeichnet und ihr Gütezeichen verliehen. Trotz der Doppelbelastung des Bundeshaushalts durch Folgen der Teilung wie der überwundenen Rezession werden die Ausgaben des Bundes 1996 erstmals seit den 50er Jahren nicht steigen, sondern sinken – ein beispielloser Kraftakt, den vor allen Dingen unser Freund Theo Waigel zu schultern hatte und für dessen Bewältigung er unseren Dank und unsere Anerkennung verdient.

Wir haben in diesen zwölf Monaten das Jahressteuergesetz 1996 verabschiedet, mit der Freistellung des Existenzminimums und mit der Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs zu einem sozial ausgewogenen Familienleistungsausgleich. Wir haben unsere Vorstellungen zur Reform der Sozialhilfe, der Arbeitslosenhilfe und der Ausbildungsförderung vorgelegt. Wir haben Vorkehrungen zur Verbesserung des Klimaschutzes und zur

Minderung der CO₂-Belastung der Luft auf den Weg gebracht. Wir verzeichnen Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung, bei der Abwehr des Asylmißbrauchs.

Die Bundestagsfraktion hat mit Blick auf die Regierungskonferenz 1996 Vorstellungen entwickelt, wie die Europäische Union handlungs- und entscheidungsfähiger werden kann. Und wir haben mit unserem Beschluß, der Entsendung deutscher Verbände zur Unterstützung der Truppen der Vereinten Nationen auf dem Balkan zuzustimmen, gezeigt, daß wir zu unseren internationalen Verpflichtungen stehen, daß wir uns nicht scheuen, zur Sicherung des Friedens in Europa unseren Beitrag einzubringen.

Es ist auch dem gemeinsamen, entschlossenen und verantwortungsbewußten Handeln von 294 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu verdanken, daß diese Erfolge zustande kamen.

Ich will mich bei dieser Gelegenheit bei meinem Stellvertreter, dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Michael Glos, herzlich dafür bedanken, daß wir so eng miteinander zusammenarbeiten. Das gilt auch für alle anderen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, für Gerhard Friedrich, Heiner Geißler, Paul Krüger, Hans-Peter Repnik, Hannelore Rönsch, Rupert Scholz und Rudi Seiters. In der Sprache von Volker Rühle: eine starke Truppe!

Die Leistungsbilanz unseres parlamentarischen Gegenspielers sieht, soviel ist sicher, anders aus. Man hat ja im Moment schon das Gefühl, eine Pietätlosigkeit zu begehen, wenn man sich überhaupt zur SPD äußert.

Bei jeder Pressekonferenz, die die Partei ansetzt, fragt man sich unwillkürlich, wer jetzt wohl das Handtuch werfen wird, und befürchtet das Schlimmste. Die südbadischen SPD-Kreisvorsitzenden sollen dieser Tage beschlossen haben, daß SPD-Mitglieder vor Einschalten der Nachrichten im Auto zur Sicherheit einen Parkplatz aufsuchen sollen.

Trotzdem: Zur Schadenfreude besteht nur begrenzt Anlaß. Denn in Wahrheit schadet das, was die SPD seit Wochen und Monaten – und gestern schon wieder; Peter Hintze hat es gesagt – aufführt, schadet das Verhalten nahezu ihres gesamten noch verbliebenen Führungspersonals dem Ansehen der Politik, schadet der Demokratie in unserem Land.

Da bedenkt die Ministerpräsidentin eines deutschen Bundeslandes den Vorsitzenden ihrer Partei mit einem Ausdruck, der laut Wörterbuch eine schwere psychische Erkrankung bezeichnet. Verkommener, abstoßender geht es kaum noch.

Das wird auch nicht dadurch besser, daß sie dann drei Wochen später ihrem Vorsitzenden demonstrativ den Rücken stärken

will und erklärt, wenn sich der Parteitag zusammenraufe, könne sich der Vorsitzende für alle Ewigkeiten halten. Als Kanzlerkandidatenkandidat soll er uns recht sein, zumal die Eichel, Schröder oder Lafontaine ja auch nicht besser sind.

Die Quittung erteilt der Wähler. Wir haben Ende Juni in Frankfurt einen großartigen Sieg mit Petra Roth errungen.

Die CDU ist vor wenigen Wochen in der einst klassischen SPD-Hochburg Bremerhaven die mit Abstand stärkste Partei geworden. Unsere Freunde haben dort das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt.

Und wir haben gute Chancen, am kommenden Wochenende auch die Wahl in Berlin zu unseren Gunsten zu entscheiden. In Berlin steht viel auf dem Spiel. Wir müssen verhindern, daß sich in der deutschen Hauptstadt wiederholt, was die SPD in Sachsen-Anhalt begonnen hat: die Beteiligung der SED-Nachfolgepartei an der Regierung. Was eine rot-grüne Stadtregierung in Berlin mit der PDS als stillem oder weniger stillem Teilhaber für den Aufbauprozess der deutschen Hauptstadt bedeuten würde, braucht man niemandem zu erklären.

Herr Scharping hat in der vergangenen Woche im Bundestag gemeint: „Wenn man auf Cassandra gehört hätte, wäre Troja nicht gefallen.“ Mir scheint, es wäre wichtiger, daß er aufpaßt, daß die SPD mit ihrer Zusammenarbeit mit der PDS nicht zum trojanischen Esel wird.

Die SPD hat aus der Vergangenheit nichts gelernt. Sie ist in ihrer Not und Verzweiflung offenbar bereit, den Grundkonsens der Demokraten, daß es keine Zusammenarbeit mit Extremisten geben darf, aufs Schändlichste zu verraten. Führende SPD-Politiker in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen, auch die Dame in Kiel haben sich immer wieder in diesem Sinn geäußert. In Magdeburg haben

sie kürzlich das einjährige Jubiläum ihrer Zusammenarbeit mit den Kommunisten mit Sekt gefeiert. Ich finde, eine Schweigeminute der Scham und der Schande wäre angemessener gewesen.

Also, letztlich bleibt nur ein Mittel, wenn verhindert werden soll, daß sich Gleiches in Berlin oder anderswo in der Republik wiederholt: Wir müssen alles daran setzen, daß die Union überall so stark wird, daß gegen uns nicht regiert werden kann.

Aber bei all dem bleibt entscheidend wichtig, daß wir uns durch unsere Erfolge und durch die Schwäche der Opposition nicht zu falschen Schlüssen verleiten lassen. Denn es besteht nicht der geringste Anlaß, überheblich oder übermütig zu werden.

Es liegen gewaltige Herausforderungen vor uns: Der Friede bleibt auch in Europa gefährdet. Der freiheitliche Rechtsstaat muß angesichts mancher Auflösungserscheinungen traditioneller Werte, Normen und Institutionen immer neu gefestigt und gegen Extremismus, Intoleranz, auch gegen die Heimsuchung organisierter Kriminalität geschützt werden. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen wird mehr und mehr zur Schicksalsfrage der ganzen Menschheit. Der wirtschaftliche Wettbewerb um Produktionsstandorte und Arbeitsplätze wird angesichts der technologischen Revolution wie der Globalisierung der Märkte härter.

Bei der Schwäche der Opposition lastet die Verantwortung um so mehr auf uns, die notwendigen Veränderungen rechtzeitig durchzusetzen. Die Widerstände gegen jede Veränderung sind groß. Aber Stillstand bedeutet immer Rückschritt. Das gilt um so mehr in einer Zeit so großer und rascher Veränderungen. Die härteste Nuß, die es zu knacken gilt, ist die auf einem zu hohen Niveau verharrende Arbeitslosigkeit.

Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität, hat einst Kurt Schumacher gesagt. Das gilt auch für die Arbeitsmarktpolitik. Zu dieser Realität gehört, daß auch der Arbeitsmarkt dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage unterworfen ist. Unser Problem ist ja nicht, daß wir einen Mangel an Arbeit in Deutschland hätten – manche haben das immer noch nicht begriffen –, sondern unser Problem ist, daß Arbeit bei uns so teuer geworden ist, daß wir zu wenig Nachfrage nach Arbeit zu regulären Preisen haben. Zumal einfache Arbeit ist nirgends so teuer wie in Deutschland.

Wir werden mehr Bewegung am Arbeitsmarkt nur erreichen, wenn auch Arbeitsplätze mit geringerer Qualifikation noch wirtschaftlich sind. Die Politik der Arbeitszeitverkürzung war ein Holzweg; das beginnt sich selbst in den Gewerkschaften zunehmend herumsprechen.

Wenn man die Statistiken anschaut, dann stellt man fest, daß in den letzten Jahren vor allem die USA, Kanada und Japan kräftige Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen hatten, und das sind Länder mit überdurchschnittlich langen Arbeitszeiten. Dagegen ist der erwartete Beschäftigungsschub durch die Arbeitszeitverkürzung in Deutschland ausgeblieben. Daraus müssen doch endlich die richtigen Schlüsse gezogen werden!

Wenn sich auf dem Arbeitsmarkt etwas bewegen soll, muß Arbeit kostengünstiger, flexibler, auch effizienter eingesetzt werden, über eine stärker differenzierte Lohnstruktur, mit einem größeren Anteil einfacher industrieller und Dienstleistungstätigkeiten, über flexiblere Arbeits- und Betriebszeiten, über saisonale Schwankungen auffangende Jahresarbeitszeitregelungen, über die Einrichtung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen bis zu befristeten Arbeitsverhältnissen. Dies ist vor allem Auf-

gabe der Tarifpartner, die wir stärker in die Pflicht nehmen müssen. Eine Arbeitsteilung, daß die Tarifpartner für Lohnerhöhungen und die Verteilung von Freizeit zuständig sind, der Staat aber die Vollbeschäftigung garantieren soll, und sei es, indem er einen zweiten Arbeitsmarkt teuer subventioniert, kann nicht funktionieren.

Tarifautonomie heißt eben auch Verantwortung der Tarifpartner. Zur traurigen Wirklichkeit auf unserem Arbeitsmarkt gehört im übrigen auch, daß wir trotz unserer viel zu hohen Arbeitslosigkeit für viele Tätigkeiten kaum deutsche Arbeitskräfte finden. Wir sind noch nicht einmal in der Lage, den Bauboom in den neuen Bundesländern ohne die Beschäftigung ausländischer Kolonnen zu bewältigen. Trotz 3,5 Millionen Arbeitsloser werden jedes Jahr bis zu 1 Million Ausnahmegenehmigungen vom Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte erteilt, weil die betreffenden Arbeitsplätze auf dem deutschen Arbeitsmarkt einschließlich der Europäischen Union nicht zu besetzen sind. Das kann und darf so nicht bleiben.

Deshalb unsere Vorschläge zur Reform von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Eine stärkere Differenzierung von Lohnstrukturen nützt wenig, wenn Nettolöhne niedriger sind als Lohnersatzleistungen oder Sozialhilfeleistungen.

Damit motiviert man den einzelnen nicht, reguläre Arbeit zu suchen. Es muß eben der Grundsatz gewährleistet bleiben, daß jeder, der arbeitet, ein höheres Einkommen erzielt, als wenn er nicht arbeitet.

Deshalb brauchen wir stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme in Arbeitslosenhilfe wie Sozialhilfe, und deshalb muß derjenige, der nicht bereit ist, eine angebotene Arbeit anzunehmen, obwohl er dazu in der Lage wäre, Abschläge bei der Sozialhilfe hinnehmen. Anders werden wir Motivation und Eigenverantwortung nicht verbessern.

Damit Arbeit billiger werden kann, müssen auch die Lohnzusatzkosten gesenkt werden. Deshalb darf sich die Ausgaben- und Dynamik unserer Sozialversicherungen nicht ungebremst fortsetzen. Wir werden unser vorbildliches System sozialer Sicherheit nur bewahren können, wenn wir Elemente der Sparsamkeit, der Eigenverantwortung, auch der freiwilligen Solidarität stärker nutzen.

Tabus darf es bei dem Wirken für Wohlstand, soziale Sicherheit und Arbeit nicht geben. Wenn wir für mehr Beschäftigung sorgen wollen, dürfen wir nicht nur auf der Angebotsseite bei den Lohn- und Lohnzusatzkosten, sondern wir müssen auch auf der Nachfrageseite ansetzen. Dazu müssen wir helfen, neue Beschäftigungschancen in Wachstumsbranchen wie der Kommunikations- und Medienindustrie, der Gentechnologie, aber auch im Dienstleistungssektor, im Handel und auch in privaten Haushalten zu schaffen. Die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder kann uns aber nur gelingen, wenn wir konsequent auf Förderung von Innovation, von moderner Forschung und Technologie setzen, auf materielle wie ideelle Förderung. Wir müssen uns auf die dynamischen Entwicklungsbereiche konzentrieren, von der Kommunikationstechnik bis zur Luft- und Raumfahrt, vom Transrapid bis zu intelligenten Verkehrssystemen, von der Materialforschung bis zur Energiewirtschaft, von der Umwelttechnologie, der Abfall- und Recyclingwirtschaft bis zu der Medizintechnik und den Biowissenschaften. Eine Politik der organisierten Fortschrittsskepsis und Technikfeindschaft dagegen, wie sie rot-grüne Landesregierungen in Hessen und anderswo unverdrossen und unbelehrbar betreiben, ist eine ernstzunehmende Gefahr für unseren Wirtschaftsstandort.

Da kann Herr Fischer noch so viele Papiere schreiben, mit denen er nur kaschieren will, daß er Fraktionssprecher in einer Partei der

Technikfeindschaft und der Zukunftsverweigerung ist. An ihren Taten, nicht an ihren Worten sollt ihr sie erkennen.

Die Ausbeutung von Neid und Zukunftsängsten zu politischen Zwecken blockiert den Fortschritt und verweigert Zukunft. Wir brauchen ein Klima von Forscherfreude, Innovationsehrgeiz und Zukunftsmut. Zur Förderung von Innovation gehört übrigens auch die Förderung von selbständigem, von risikobereitem Unternehmertum, ein Faktor, von dem unser Bundespräsident dieser Tage gesagt hat, er sei die Unruhe, die das Uhrwerk unserer Wirtschaft in Bewegung halte.

Es ist doch ein Alarmsignal, daß nur noch 8 Prozent der Berufstätigen in Deutschland wirtschaftlich selbständig sind. Deshalb gehört es zu den elementaren Aufgaben in unserer Gesellschaft, wieder ein Klima zu schaffen, das Vorstöße in wirtschaftliches Neuland erleichtert und das solche Vorstöße, wenn sie erfolgreich sind, auch honoriert. Wir müssen denen, die bereit sind, im Interesse des Fortschritts Risiken zu übernehmen, auch die Chance auf Gewinn einräumen. Das ist und bleibt eine entscheidende Antriebskraft für Leistungsbereitschaft und Wachstum. Anders wird es uns nicht gelingen, unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit zu erhalten.

Wir müssen auf Initiative, auf Eigenverantwortung und Mut zum Wagnis setzen. Wir brauchen eine Kultur zukunftsorientierten Handelns, nicht des zaghaften Abwartens. Gerade ein rohstoffarmes Land wie Deutschland bleibt auf die Kreativität seiner Menschen und die Qualität seiner Produkte angewiesen. Eine Politik, die die Agenda der Zukunft bestimmen will, muß auf Wissenschaft und Forschung setzen, um die Weichen für den Erhalt der Umwelt wie für die Sicherung von Arbeitsplätzen auch für morgen zu stellen.

Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen bewahrt werden. Da lassen wir Christlichen Demokraten uns von niemandem übertreffen. Der Streit geht in Wahrheit darum, wie wir das schaffen, durch Fortschrittsverweigerung, Investitionsblockade und bürokratischen Dirigismus, wie die Linken meinen, oder durch Nutzenwissenschaftlicher Erkenntnisse und technologischer Entwicklungen gerade zum Zwecke der Erhaltung der Umwelt, was unser Weg ist. Übermaß, Maßlosigkeit im blinden Glauben an die Machbarkeit wie in der hysterischen Ausbeutung menschlicher Angst sind immer falsch.

Wir setzen auf eine Politik des rechten Maßes in der Verbindung von Fortschritt und Verantwortung, von Ökologie und Ökonomie, also Katalysator statt Tempolimit, schadstoffabhängige Kfz-Steuer statt fünf Mark für das Benzin, moderne Verkehrsleitsysteme statt bloßes Schikanieren der Autofahrer. Das ist unser Beitrag für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik.

Wir wollen benzolarmes Benzin steuerlich stärker begünstigen. Wir werden die erfolgreiche Förderung der Wärmedämmung und Emissionsreduzierung im Gebäudebereich fortsetzen, und wir werden eine neue Initiative in der Europäischen Union starten, damit wir europaweit zu einer Absenkung des Kohlendioxidausstoßes kommen. Das sind Elemente unserer verantwortlichen und erfolgreichen Umweltpolitik, die wir konsequent weiterentwickeln wollen und weiterentwickeln werden. Umwelt und Wirtschaftswachstum müssen und dürfen keine Gegensätze sein. Dort, wo der Sozialismus real existierte, taugte die Wirtschaft nichts, und das Ergebnis war nicht nur Armut der Menschen, sondern zugleich auch eine deprimierende Zerstörung von Natur und Umwelt. Wenn Umweltschutz und Arbeitsplätze zu Gegensätzen werden, dann taugt das für bei-

de Ziele nicht, und deshalb dürfen wir das Wechselspiel zwischen Ökologie und Ökonomie nicht rot-grünen Schreibtischtätern überantworten.

Zur Wirklichkeit und zu den Problemen unserer Tage gehört auch, daß über die Hälfte dessen, was in unserem Land erwirtschaftet wird, durch öffentliche Haushalte und Sozialversicherungen in Anspruch genommen wird. Das nennt man Staatsquote. Das ist zuviel, und deshalb muß die Staatsquote wieder zurückgeführt werden, so wie uns das in den 80er Jahren von 52 Prozent beim Amtsantritt Helmut Kohls auf unter 46 Prozent 1989 schon einmal gelungen ist. Ich bin auch ganz sicher – ich nehme Wetten an –, wir werden das schaffen mit strikter Ausgabenbegrenzung bei Bund, Ländern und Gemeinden und mit mehr Sparsamkeit und Eigenverantwortung im Bereich sozialer Sicherheit.

Das bedeutet auch, daß bürokratische Wucherungen nicht immer hypertropher werden dürfen. Zur Verwirklichung eines schlanken Staats gehört eine Reform der öffentlichen Verwaltung mit einem modernen Dienstrecht, mit einem flexiblen Haushaltsrecht. Wir haben den Personalbestand des Bundes bereits erheblich vermindert und werden dies fortsetzen, im nächsten Jahr z. B. um weitere 15.000 Stellen in der Bundesverwaltung. Auch das ist ein Beitrag zur Entbürokratisierung, der sich sehen lassen kann und der auch nachhaltige Wirkung hat.

Wenn es aber darum geht, staatliches Handeln mehr auf den Kernbereich staatlicher Aufgaben zu konzentrieren, dann bedeutet es umgekehrt auch, daß diese Aufgaben wirksamer erfüllt werden müssen. Für mich gehört zu den wirklich unglaublichen Skandalen der zurückliegenden Monate das Maß an Verkommenheit, das die Regierung Schröder anläßlich der Chaostage in Hannover offenbart hat.

Wenn der Rechtsstaat nicht mehr in der Lage ist, den inneren Frieden zu garantieren, Recht auch durchzusetzen und Gewalt zu verhindern, dann verkommt der Rechtsstaat. Es ist eine Schande für unser Land, wenn tagelang die Bilder um die Welt gehen, wie Polizisten wegen einer unfähigen Führung zusehen müssen, wie Ladengeschäfte geplündert werden, wenn Verstärkungen aus anderen Ländern nicht zum Einsatz gerufen werden.

In Niedersachsen ist die Polizei vor diesen Chaostagen ohne Vorinformation geblieben, weil Rot-Grün zuvor den Verfassungsschutz in diesem Lande handlungsunfähig gemacht hat. Die Polizisten mußten sich in Sportgeschäften Eishockeyschoner kaufen, weil die Ausrüstung der Polizei in diesem Land so schlecht ist, daß sie nicht mehr vor Gewalttätern geschützt werden können.

Auf diese Weise wird Schindluder getrieben mit den Polizisten und wird Schindluder getrieben mit unseren Bürgern, die darauf vertrauen, daß ihr Staat Frieden, Freiheit, körperliche Unversehrtheit und Eigentum schützt. Das ist keine lokale Angelegenheit von Hannover oder von Niedersachsen, sondern ist eine Gefahr für den gesamten Rechtsstaat, für den inneren Frieden in unserem Land. Im übrigen ist es zusätzlich ein Skandal, wenn der zuständige Ministerpräsident, der ja sonst mit Hillu und Handy in den Medien prunkt, in den Tagen der Anarchie und des Chaos abtaucht und höchstens ein paar Sprüche klopft, als ginge ihn das Schicksal seiner eigenen Landeshauptstadt nichts an.

Im übrigen haben wir die rechtsfreien Zustände nicht nur in Hannover gehabt. Anderswo werden sie jahrein, jahraus geduldet. Ich erinnere an die Autonomenhochburg Göttingen, auch in Niedersachsen gelegen, wo die sogenannte Göttinger Linie

verfochten wird, die darin besteht, dem „schwarzen Block“ die Straßen der Stadt nach Belieben freizugeben und Straftäter der Szene außer Verfolgung zu stellen. Ich erinnere an die Zustände um Gorleben, wo sich die niedersächsische Landesregierung schlicht weigert, die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung von Transport und Endlagerung zu ergreifen. Das genau ist das Ergebnis rot-grüner Politik, hier ist es zu besichtigen. Ich bin gespannt, ob Herr Fischer bald noch ein Papier über den Zusammenhang von innerem Frieden, Toleranz und staatlichem Gewaltmonopol schreiben wird.

Im übrigen ist man bei der SPD und bei den Grünen fast schon einen Schritt weiter, nicht nur daß man Unrecht duldet, man ist bereit, Unrecht auch noch zu legalisieren. Das nennt man Entkriminalisierung. Auf deutsch, wenn ein Delikt nur hinreichend weit verbreitet ist, wenn die Bekämpfung sogenannter Alltagskriminalität nur aussichtslos genug erscheint, dann wird das Ganze zum gesellschaftlichen Phänomen erklärt und als Kavaliersdelikt behandelt.

Dann wird aus dem Ladendiebstahl eine bloße Ordnungswidrigkeit. Es hört sich wie ein Witz an, wie der Witz von dem Mönch, der auch am Freitag auf sein Fleisch nicht verzichten möchte und deshalb sein Steak auf den Namen Fisch tauft. Aber es ist bitter ernst; so verkommt der Rechtsstaat.

Für den inneren Frieden in unserem Land ist es genauso wichtig, daß wir die Politik der Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung konsequent fortsetzen. Was wäre unserem Land, was wäre unseren ausländischen Mitbürgern erspart geblieben, wenn sich die SPD dieser Politik nicht um Jahre verweigert hätte!

Was macht die SPD heute? Die SPD-regierten Länder verhängen gegen die

Rechtslage Abschiebestopps. Das heißt, daß auch Asylbewerber, die eindeutig keinen Anspruch auf Asyl haben, das Land nicht verlassen müssen. So etwas spricht sich natürlich in den Herkunftsländern herum. Der Rückgang der Asylbewerberszahlen hängt entscheidend damit zusammen, daß sich die bessere Bekämpfung von Asylmißbrauch und Schlepperbanden in den Herkunftsländern herumgesprochen hatte. Wer jetzt den Asylkompromiß schon wieder in Frage stellt, der gefährdet die Toleranz gegenüber ausländischen Mitbürgern und den inneren Frieden in unserem Land.

Angesichts der dann wieder in sich zusammengebrochenen Aufregung um die Abschiebung von sieben Sudanese sage ich auch: Für den inneren Frieden in unserem Land und für das friedliche Zusammenleben der Menschen tut ein Innenminister, der eine rechtsstaatlich einwandfreie Entscheidung durchhält, mit Sicherheit mehr, als zehn Lichterketten danach wieder wettzumachen vermögen.

Er tut es nicht zuletzt für diejenigen, die zu Recht bei uns Asyl finden und die auch in Zukunft bei uns Asyl finden sollen, für diejenigen, die hier rechtmäßig leben und unbehelligt und sicher leben sollen.

In diesen Tagen gibt es zum erstenmal Hoffnung auf ein Ende des unsäglichen Kriegs, des Gemetzels und der Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien, in Bosnien-Herzegowina. Es gibt zum erstenmal Hoffnung auf eine politische Lösung. Es zeigt sich zugleich, daß sich die Chance für eine Lösung erst in dem Moment aufgetan hat, als die barbarischen Aggressoren auf entschiedenen und entschlossenen Widerstand gestoßen sind und keine Sekunde vorher.

Die Lehre ist bitter, aber sie ist notwendig. Wir werden auch in Zukunft den Frieden

nur sichern können, wenn jeder, der zur Durchsetzung seiner Ziele militärische Mittel anwenden will, weiß, daß er auf entschiedenen und überlegenen Widerstand der zivilisierten Völkergemeinschaft stoßen wird. Dazu müssen wir Deutsche unseren Beitrag leisten, dazu brauchen wir ein handlungsfähiges Europa, und dazu brauchen wir auch in Zukunft die Atlantische Allianz. Das ist die entscheidende Voraussetzung für unsere gemeinsame Zukunft in Frieden und Freiheit.

Es beweist sich wieder – in Karlsruhe muß man das gelegentlich sagen –: Die Soldaten der Bundeswehr sind keine Mörder, ganz im Gegenteil. Die Soldaten der Bundeswehr dienen dem Frieden, und sie verdienen unseren Dank und unseren Respekt für ihren Dienst, übrigens auch für die großartige Haltung, die sie in diesen Wochen bewiesen haben. Sie haben ein hervorragendes Beispiel gegeben. Ich möchte in diesen Dank ausdrücklich Volker Rühe für seine ebenso klare und besonnene Haltung einschließen.

Wenn man sieht, mit welcher Nüchternheit und mit welchem selbstverständlichen Pflichtgefühl unsere Soldaten ihren schwierigen und gefahrvollen Dienst tun, dann wird um so mehr deutlich, wie kümmerlich sich die Sozialdemokraten in dieser Frage verhalten.

Daran muß man erinnern. Als der Einsatz der Bundeswehr-Tornados notwendig geworden war, bestand der einzige Beitrag der Sozialdemokraten, die im Bundestag nicht zugestimmt hatten, in dem Versuch, diesen Einsatz als nicht rechtmäßig, als nicht vom Beschluß des Bundestags gedeckt in Zweifel zu ziehen. Was tut man eigentlich den Soldaten an, die in einem lebensgefährlichen Einsatz sind, wenn man zu Hause darüber räsoniert, ob das rechtlich ausreichend gedeckt sei? Dann hat sich in der Sitzung des zuständigen

Bundestagsausschusses herausgestellt – die Sozialdemokraten haben zunächst gesagt, sie seien nicht rechtzeitig informiert worden –, daß sie ihre Unterlagen nicht gelesen hatten. Es ist schon erbärmlich, wie die Linke versagt.

Die Christlich Demokratische Union muß und wird die Partei der europäischen Einigung bleiben, so wie wir die Partei der deutschen Einheit sind. Wir haben das mit dem gestern verabschiedeten Leitantrag zur Europapolitik erneut unter Beweis gestellt. Der Weiterbau an der europäischen Einheit – das wird durch die Erfahrung auf dem Balkan so dringend belegt –, ist das wichtigste Projekt deutscher Politik bis zur Jahrtausendwende und darüber hinaus.

Deswegen sage ich auch: Die Währungsunion darf nicht scheitern. Dazu muß die europäische Währung so stabil sein, wie es die D-Mark ist, wenn die CDU/CSU in Bonn regiert.

Täuschen wir uns nicht: Da wird noch viel Überzeugungsarbeit bei den Menschen zu leisten sein. Wir müssen die Menschen für den Gedanken und für die Richtigkeit und Notwendigkeit der europäischen Währung wie der europäischen Einigung gewinnen. Ich sage Ihnen vorher: Lafontaine, der jetzt auf Scharping losgeht – jeden Tag ein neuer, wenn ich da richtig gelesen habe –, schürt die Ängste gegen die europäische Währungsunion genauso, wie er im Jahre 1990 die Ängste gegen die deutsche Einheit geschürt hat. Machen wir uns darüber keine Illusionen.

Da ich gerade bei der Zeitungslektüre von heute bin, muß ich noch etwas sagen: Herr Scharping hat erklärt, die SPD habe wieder Tritt gefaßt. Ich habe das Gefühl, er faßt Tritte wie andere Essen.

Aber Spaß beiseite. Täuschen wir uns nicht: Die Europäische Union steht – deswegen darf die Währungsunion nicht

scheitern, denn der, der zurückgeht, riskiert mehr als nur den Aufschub eines Projektes nach dem Motto „wenn wir es jetzt nicht machen, dann in zehn Jahren“ – an einer entscheidenden, vielleicht sogar an der alles entscheidenden Wegmarke.

Im Zuge der im nächsten Jahr beginnenden Regierungskonferenz wird sich entscheiden, ob die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereit sind, den Weg der europäischen Einigung weiterzugehen und unumkehrbar zu machen. Das ist eine Schicksalsfrage für ganz Europa, aber auch und gerade für uns Deutsche.

Würde sie negativ beantwortet, wäre damit für lange Zeit die Chance vertan, unseren alten Kontinent zu einen und so Frieden und Freiheit dauerhaft zu sichern. In einer Welt, die immer mehr zusammenrückt und in der die Konkurrenz härter, die Entwicklungen dynamischer und die Wirtschaftsräume größer werden, in einer solchen Welt können wir auch wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit in einem geeinten Europa viel besser bewahren und zugleich unserer Verantwortung für diese eine Welt besser gerecht werden.

Deshalb müssen wir alles daran setzen, daß Maastricht II ein Erfolg wird und daß wir die Herzen der Menschen für den Fortgang der Einigung gewinnen. Wir müssen an der europäischen Einheit weiterbauen, mutig, beharrlich, auch durch Rückschläge und Widerstände unbeirrbar.

In unseren Tagen wird viel über eine wachsende Orientierungskrise, über Individualisierung und Bindungsverluste des modernen Menschen, über Ichbezogenheit, über die Auflösung gewachsener Gemeinschaften geklagt. Ich fürchte, nicht nur zu Unrecht. Wenn wir solchen Entwicklungen etwas entgegensetzen wollen, dann müssen wir die Orientierung gebenden, die Gemeinschaft verbindenden Ele-

mente stärken und neu beleben. Das sind in erster Linie die gemeinsamen Wertüberzeugungen unseres abendländischen Kulturkreises, Werte wie die Würde der Person, verantwortete Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Mitmenschlichkeit.

Diese Werte wurzeln in unserer christlich geprägten kulturellen Tradition und Überlieferung.

Ernst-Wolfgang Böckenförde hat einmal die Frage gestellt – ich zitiere –, „ob nicht auch der säkularisierte weltliche Staat letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskräften leben muß, die der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt“, und er hat es als das große Wagnis des modernen Staates bezeichnet, daß er insofern von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann.

In meinen Augen war es der entscheidende Fehler des Kruzifix-Urteils des Bundesverfassungsgerichts, nicht erkannt zu haben, daß auch Verfassungsrecht und Verfassungsrechtsprechung von Voraussetzungen leben, die allem gesetzten Recht vorgelagert sind.

Das jüngst erschienene Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland berichtet wieder von einem Rückgang der Eheschließungen, von einem Rückgang der Geburten, einer Zunahme der Ehescheidungen. In einer Zeit, die über mehr Wohlstand verfügt als alle uns bekannten früheren Zeiten, sind wir offenbar nicht mehr in der Lage, die Stabilität der Generationen einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. Das muß etwas mit Lebenseinstellung und Mut zur Zukunft zu tun haben. Ohne Gemeinschaft kann der Mensch nicht leben. Deshalb müssen wir die Familie stärken, deshalb stellen wir uns der Verantwortung für kommende Generationen, was übrigens auch Grundlage jeder Umweltpolitik sein muß.

Freiheitliches Zusammenleben setzt auf Werte, Tugenden, auch institutionelle Vorkehrungen, setzt auf Leistungsbereitschaft, auf Engagement, auf freiwillige Solidarität, auch auf Mäßigung und Verzicht auf Übermaß. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen wie Rechte und Pflichten und wie Zukunft und Zuversicht. Ohne Hoffnung ist der Mensch arm.

So groß die Probleme und Herausforderungen auch sein mögen: Keine Generation vor uns hatte großartige Möglichkeiten, und deshalb haben wir weder Grund noch Recht zur Resignation. Die Zukunft ist offen, es liegt an uns selbst, welche Beiträge wir leisten. Daraus wachsen Zuversicht, Lebensfreude, Mut zur Zukunft.

In einer Zeit von Orientierungsnöten und wachsender Bindungslosigkeit werden wir auch auf die Integrationskraft der großen Volkspartei angewiesen bleiben. Sie, die große Volkspartei Christlich Demokratische und Christlich-Soziale Union, ist eine institutionelle Vorkehrung gegen jede Versuchung zum Populismus, der ja kein Problem wirklich lösen und Zukunft nicht gestalten kann. Für die Zukunft unseres Landes bleiben die Stärke, die Geschlossenheit und Entschlossenheit der Christlich Demokratischen Union entscheidend. Daran sollten wir immer denken.

Unsere Politik gründet auf unseren Wert-überzeugungen, unserem Bild vom Menschen, gründet in unseren Vorstellungen von der Ordnung menschlichen Zusammenlebens. Kollektivistische Systeme, die wie Kommunismus oder Nationalsozialismus das Individuum aus dem Blick verloren haben, haben in diesem Jahrhundert weiß Gott zuviel Elend über die Menschheit gebracht; aber der

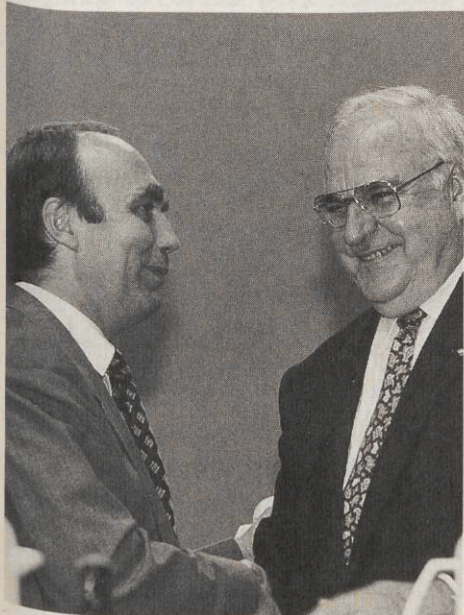
schrankenlose Individualismus ist zur Gestaltung von Zukunft ebensowenig geeignet, weil er die Eskalation von Interessenkonflikten nicht verhindert und weil er zuvor schon über die Tabuisierung von Besitzständen zur Erstarrung kommt und Innovation verhindert.

Deshalb müssen wir auf die immer neu zu justierende Balance zwischen Individuum und Gemeinschaft setzen, müssen wir jeder immer zerstörerisch wirkenden Absolutierung wehren, setzen wir auf Maß und Ausgleich – zwischen Wirtschaft und Sozialem, Ökonomie und Ökologie, zwischen Nation und Europa, Freiheit und Recht, Arm und Reich, Nord und Süd. So arbeiten wir für Frieden und Toleranz. Darin liegt unser Beitrag, um die Zukunftsaufgaben zu meistern, und das ist der Weg der Union ins nächste Jahrhundert.

*(Lang anhaltender Beifall –
Die Delegierten erheben sich von
ihren Plätzen)*



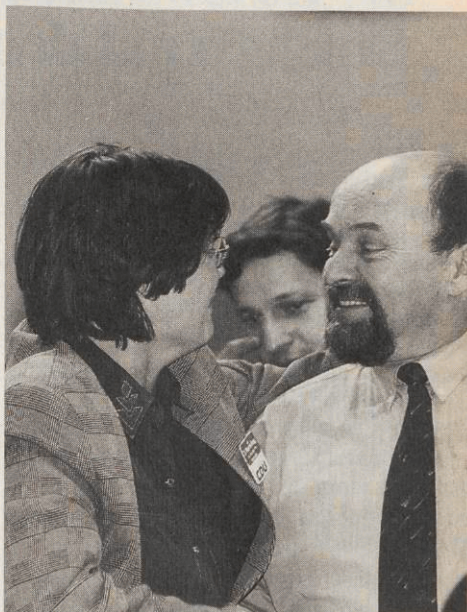
Wahl eines
stellvertretenden
Vorsitzenden



Christoph Bergner, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, wurde mit folgendem Ergebnis gewählt:

Abgegebene Stimmen:	753
Ungültige Stimmen:	3
Enthaltungen:	23
Gültige Stimmen:	727
Mit Ja stimmten:	689
das sind 94,77%	
Mit Nein stimmten:	38

Nachwahl eines
Mitgliedes
des Präsidiums



Rainer Eppelmann, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft wurde mit folgendem Ergebnis gewählt:

Abgegebene Stimmen:	660
Ungültige Stimmen:	✗
Enthaltungen:	11
Gültige Stimmen:	649
Mit Ja stimmten:	618
das sind 95,22%	
Mit Nein stimmten:	31

Günter Rinsche

Erfolgversprechende Initiativen für die Lösung der Probleme, die den Bürgern auf den Nägeln brennen

Der Wahlsieg der CDU/CSU in der Europa-Wahl am 12. Juni 1994 hat der deutschen Delegation in der EVP-Fraktion eine große Verantwortung übertragen. Die damit verbundenen Aufgaben und Verpflichtungen entsprechen der besonderen Rolle von CDU und CSU als den deutschen Europa-Parteien, sie sind gekoppelt an die hohen Anforderungen, die europaweit an uns gestellt werden, und sie sind eine Konsequenz der geographischen Lage, der geschichtlichen Entwicklung, der wirtschaftlichen Stärke und der politischen Bedeutung Deutschlands in Europa.

Unmittelbar nach Ende des zweiten Weltkrieges hat der große französische Dichter Paul Claudel geschrieben: „*Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern sie zu versammeln. Seine Rolle ist es: Übereinstimmung zu schaffen, all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, daß sie ohne einander nicht leben können, daß sie aufeinander angewiesen sind.*“

Dieses Wort des christlich-demokratischen Denkers Paul Claudel ist für uns, die 47 Europaabgeordneten der CDU/CSU, Richtschnur unserer Arbeit in der EVP-Fraktion, im Europäischen Parlament und in ganz Europa.

CDU/CSU für Jacques Santer

Integrieren statt intrigieren und spalten!
Dieser Leitsatz bestimmte auch unser Ver-

halten bei der Einsetzung der neuen Europäischen Kommission, die erstmals durch ein Votum des Europäischen Parlaments demokratisch legitimiert wurde.

Aus parteitaktischen Gründen hatten sich Sozialisten, Grüne und umgetaufte Kom-

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche, MdEP

munisten gegen die Nominierung des Christdemokraten und luxemburgischen Ministerpräsidenten, unseres Freundes Jacques Santer ausgesprochen.

Es ist den rastlosen Bemühungen der EVP-Fraktion unter der umsichtigen Führung unseres Fraktionsvorsitzenden und Freundes Wilfried Martens gelungen und ihnen zu verdanken, daß mit unserem Parteifreund Jacques Santer ein kompetenter und sehr erfahrener Europäer als Präsident der Kommission für die Einigung Europas arbeiten kann. Wir danken ihm für seine Tätigkeit.

Die mit Spannung erwartete Abstimmung am 21. Juli 1994, die mit 260 Stimmen für Jacques Santer bei 238 Gegenstimmen die parteipolitische Konstellation im Europäi-

schen Parlament anzeigte, wurde von der Mailänder Zeitung „Corriere della Sera“ als politische Spaltung des Europäischen Parlaments kritisiert.

Nach intensiver Anhörung der designierten Kommissare bestätigten dann aber am 18. Januar 1995 die europäischen Abgeordneten Jacques Santer und seine Mannschaft mit 417 Ja-Stimmen bei 104 Gegenstimmen und 59 Enthaltungen.

Ich möchte auch an dieser Stelle unseren Freunden Jacques Santer und Wilfried Martens herzlichst für erfolgreiche Arbeit und für eine sehr gute Zusammenarbeit mit uns, der CDU/CSU im Europäischen Parlament, danken.

Wahl des europäischen Bürgerbeauftragten

Am 12. Juli 1995 hat das Europäische Parlament den ersten europäischen Bürgerbeauftragten gewählt. Der Kandidat der EVP-Fraktion, ein deutscher Christdemokrat, dessen hohe Qualifikation für dieses Amt von allen Seiten anerkannt wurde, erhielt im ersten Wahlgang die mit Abstand höchste Stimmzahl. Im dritten Wahlgang wurde aber aufgrund von Absprachen der Sozialisten mit anderen Gruppen der Finne Jacob Södermann gewählt.

Seit September 1995 kann sich nunmehr jede Bürgerin und jeder Bürger der Europäischen Union mit persönlichen Klagen über Mißstände und Fehlverhalten direkt an den Bürgerbeauftragten wenden.

Wir werden mit dafür sorgen, daß der EP-Petitionsausschuß eng mit dem Bürgerbeauftragten zusammenarbeitet, damit den betroffenen Bürgern möglichst schnell und effizient geholfen werden kann.

Wir haben die begründete Hoffnung, daß mit diesen Initiativen unser Ziel eines Europas der Bürger wieder ein Stück näher gerückt ist.

CDU/CSU-Initiativen zur Lösung von Schlüsselproblemen

„Leben ist Problemlösen“ sagte der Philosoph Karl Popper. Dies gilt auch für die Arbeit in den Fachausschüssen des Europäischen Parlaments, in denen deutsche Christdemokraten mit großem Engagement, mit Sachverstand und mit erfolgversprechenden Initiativen für die Lösung solcher Probleme arbeiten, die unseren Bürgern auf den Nägeln brennen.

Schlüsselworte sind hier u.a.:

- Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zur mittelfristigen Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit in Europa;
- Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen;
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch Forschung, technologische Zusammenarbeit, Deregulierung und Entbürokratisierung;
- grundlegende Verbesserung der europäischen Umweltqualität;
- Bekämpfung der international organisierten Kriminalität.

Für diese und andere Schlüsselprobleme haben deutsche Christdemokraten als Berichterstatter, als Obleute und als Ausschußvorsitzende realistische Vorschläge und Lösungsmöglichkeiten analysiert, erarbeitet und in die parlamentarische Debatte eingebracht.

Steigende Bedeutung der Finanzkontrolle und Ausgabeneffizienz

Lassen Sie mich nun ein heikles und sensibles Thema ansprechen. In der europäischen und vor allem in der deutschen Öffentlichkeit findet die Ausgabenpolitik der Europäischen Union ein zunehmendes, teilweise emotionsgeladenes Interesse.

Dies ist verständlich in Ländern, in denen die Grenzen der Abgabenbelastung erreicht und teilweise überschritten sind, und Meldungen – mit unterschiedlichem Wahrheitsgehalt – über „Brüsseler Verschwörung“ und europäischen Subventionsbetrug die Steuerzahler in Zorn versetzen.

Wir – die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments – nehmen diese Kritik und die damit verbundene Problematik sehr ernst. Wer Probleme lösen will, darf Probleme nicht leugnen. Es gilt, Tatbestände zu ermitteln, Fehlentwicklungen und Schwierigkeiten zu untersuchen sowie Methoden und Maßnahmen zur Problemlösung anzuwenden.

Der EU-Haushalt hat jetzt ein Volumen von 76,5 Milliarden ECU, das sind etwa 145 Milliarden DM. Dies ist in absoluten Zahlen schon eine beachtliche Summe. Im Vergleich mit anderen Größen, etwa dem Bruttosozialprodukt oder den nationalen Budgets, ist es relativ wenig, verdient aber dennoch unsere volle Aufmerksamkeit. Deutschland finanziert den Haushalt der EU zu etwa 30 Prozent. Der sogenannte Brüssel-Transfer wird 1996 rund 45 Milliarden DM betragen. Die politische Bewertung dieser deutschen Finanzierungssummen darf sich aber nicht nur auf die fiskalischen Aspekte beschränken, sondern muß auch die gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung in die wertende Betrachtung einbeziehen. Dazu gehören eben Ziffern über den deutschen Export in die EU-Länder, über den sehr hohen deutschen Lieferanteil am Bau der Transeuropäischen Netze usw. In der gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung, einschließlich der beträchtlichen Rückflüsse z. B. für die deutsche Landwirtschaft und die neuen Bundesländer, kann Deutschland durchaus als Nutzenmaximierer bezeichnet werden.

Problematischer ist die Tatsache, daß die Ausgaben des EU-Haushalts zu 80 Pro-

zent aus Subventionen bestehen. Nun sind Subventionen als Mittel der Politik unverzichtbar – als Öl im Getriebe des Strukturwandels, als soziale Flankierung bei politischen Reformen, als Hilfe zur Selbsthilfe und auch als Anreiz für Forschung und für den Bau von Infrastrukturen für das Europa des 21. Jahrhunderts, z. B. bei den Transeuropäischen Netzen.

Unsere besondere Beachtung gilt aber einigen negativen Effekten von Dauersubventionen:

- Den Zuschwemmeffekten (d. h. das Geld fließt in die falschen Taschen),
- der ruinösen Konkurrenz (d. h. Subventionen verfälschen den Wettbewerb),
- den Mitnahmeeffekten (d. h. Finanzierung ohne Mehrenergiebigkeit),
- den Gewöhnungseffekten (d. h. wer dauernd am Tropf hängt, wird nie gesund),
- den Lähmungseffekten (d. h. Dauersubventionen beeinträchtigen die private Initiative und Selbsthilfe).

In den letzten Monaten vergeht kaum eine Woche, in der nicht Nachrichten und Kommentare über Unregelmäßigkeiten und Mißbrauch europäischer Subventionen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Nun hat es Betrug und Korruption nicht nur im Bereich der EU, sondern auch in allen Gesellschaften und vielen anderen Institutionen gegeben. Europaspesifisch ist aber die Tatsache, daß die Transparenz, d. h. Durchschaubarkeit, in einer sehr großen Gemeinschaft tendenziell geringer ist als in kleineren und überschaubaren Gemeinschaften.

Oft übersehen wird auch, daß für den Vollzug des EU-Haushalts zu rund 70 Prozent die Mitgliedstaaten zuständig sind und die Leistungsfähigkeit der nationalen, regionalen und kommunalen Verwaltungen in Europa sehr unterschiedlich ist.

Aus diesen und anderen Gründen hat die EVP die Haushaltskontrolle und die Effi-

zizienzsteigerung europäischer Finanzpolitik zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Die Einrichtung eines eigenständigen Ausschusses für Haushaltskontrolle, die Schaffung des Europäischen Rechnungshofes und die Aufstellung einer Einheit zur Betrugsbekämpfung sind vor allem auch auf Initiativen von CDU/CSU-Abgeordneten zurückzuführen. Eine deutsche Christdemokratin ist jetzt Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses. Ein deutscher Christdemokrat als Mitglied des Europäischen Rechnungshofes arbeitet mit großem Engagement und weitreichenden Initiativen mit uns im Europäischen Parlament zusammen, um die Ausgabeneffizienz zu verbessern und unseren Bürgern die Gewißheit zu geben, daß ihre mühsam erarbeiteten Steuergroschen in Europa zu ihrem eigenen Nutzen sinnvoll und wirtschaftlich verwendet werden.

Effizienzsteigerung im Europäischen Parlament

Im Zusammenhang mit der Ausgabeneffizienz der EU steht die notwendige Reform der Arbeit des Europäischen Parlaments.

Die CDU/CSU hat eine Arbeitsgruppe „Parlamentsreform“ eingesetzt, die in Kürze konkrete Vorschläge vorlegen wird.

Man muß wissen:

Das Europäische Parlament ist eine politische Innovation, ein Parlament sui generis. Es gibt keine Regierungsparteien, und es gibt keine Oppositionsparteien. Das ermöglicht größere Freiheitsräume, enthält aber auch die Versuchung zur Disziplinlosigkeit. Anders ausgedrückt: Das Europäische Parlament hat ein beachtliches Innovationspotential, aber auch ein problematisches Chaospotential. Für Rechtsradikale ist das EP ein Protestforum. Für Teile der „Linken“ ist das Europäische Parlament ein „Ideologiereservat“.

Man sagt und fordert dort Dinge, die man im nationalen Parlament nicht mehr sagen kann. Ein Beispiel für solchen politischen Unsinn ist ein Änderungsantrag des italienischen Altkommunisten Lucio Manisco zum Menschenrechtsbericht, in dem die Untaten des SED-Regimes verharmlost und die angebliche Verfolgung der SED-Funktionäre heute kritisiert wurden. Dieser absurde und wahrheitswidrige Antrag erhielt durch die Stimmen der Sozialisten im Innenausschuß eine Mehrheit und wurde dann durch die Aktivität der EVP und der CDU/CSU-Abgeordneten im EP-Plenum mit Mehrheit abgelehnt.

Ein in Zukunft wichtiger werdendes Problem ist die Störung der Außenbeziehungen der Europäischen Union, z. B. durch Blockierung von Außenwirtschaftsverträgen, zum Teil aus ideologisch und historisch bedingten Vorbehalten.

Beispiele sind der Kooperationsvertrag mit der ASEAN und auch die geplante Zollunion mit der Türkei.

Als CDU/CSU-Gruppe bemühen wir uns, sinnwidrige Blockaden aufzulösen und den Weg für wünschenswerte Entwicklungen freizumachen. So arbeitet z. B. eine von CDU/CSU-Abgeordneten initiierte europäisch-türkische Freundschaftsgruppe unter dem Vorsitz eines deutschen Christdemokraten für bessere Beziehungen und für eine Förderung der demokratischen und sozialökonomischen Entwicklung der Türkei, deren Bedeutung als Schlüsselregion unbestritten ist.

Schaffung der Erfolgsvoraussetzungen für die Europäische Regierungskonferenz 1996/97

Durch Initiative unseres Bundeskanzlers Helmut Kohl ist das Europäische Parlament mit zwei Abgeordneten in der Reflexionsgruppe zur Vorbereitung der EU-Regierungskonferenz 1996/97 vertreten.

Es ist uns gelungen, daß ein deutscher Christdemokrat zum Mitglied dieses wichtigen Gremiums gewählt wurde. Seine Arbeit trägt wesentlich dazu bei, den Bericht für den Europäischen Rat in Madrid zu erstellen, der die Hauptprobleme und verschiedenen Lösungsmöglichkeiten für die notwendigen Reformen der Europäischen Union aufzeigen soll.

Von großem Wert für die Arbeit der Reflexionsgruppe waren und sind die Papiere zur Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur Innen- und Rechtspolitik, die von Mitgliedern unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Beteiligung von Europa-Abgeordneten der CDU/CSU erarbeitet wurden.

Unsere einflußreiche Mitarbeit an der Vorbereitung der Regierungskonferenz kommt in der positiven Bewertung unserer Analysen und Vorschläge durch den (sozialistischen) spanischen Vorsitzenden der Reflexionsgruppe zum Ausdruck.

Eigenständig, aber in enger Koordinierung mit unseren Freunden in den anderen beteiligten Gremien, hat die EVP – Fraktion und Partei – ihre Positionen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union formuliert. Unter Leitung des deutschen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurde ein Programm erarbeitet, dessen wichtigste Forderungen sind:

- Mehr Handlungsfähigkeit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,
- mehr Transparenz in der Gesetzgebung,
- mehr Effizienz in der Innen- und Rechtspolitik.

Für die CDU/CSU-Gruppe ist der erstrebte Erfolg der Regierungskonferenz eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Zukunft der Europäer und die richtige Weichenstellung für das 21. Jahrhundert.

Gemeinsame Europa-Politik als Grundlage des Erfolgs

Im Berichtszeitraum 1995 stellen wir mit Freude und Dankbarkeit fest: Die europapolitische Zusammenarbeit der CDU/CSU auf allen politischen Entscheidungsebenen hat sich noch weiter intensiviert, erweitert und verbessert.

Dies gilt insbesondere für unsere reibungslose Zusammenarbeit mit unseren Freunden in der Bundestagsfraktion und in der Bundesregierung.

So gibt es z.B. gemeinsame Veranstaltungen über zentrale Fragen der europäischen Politik, wie auch Arbeitsgruppen, in denen Bundestagsabgeordnete und europäische Abgeordnete kontinuierlich über die Lösung wichtiger Sachfragen beraten.

Als weiteres Beispiel unter vielen kann hier unser Europapolitischer Kongreß in Berlin erwähnt werden, der durch unseren Berliner Abgeordneten organisiert wurde und dem zentralen Thema der „Erweiterung der Europäischen Union“ gewidmet war.

Richtungsweisende Bedeutung hat vor allem aber die Kontinuität der Kontakte und die vertrauensvolle Zusammenarbeit unseres Bundesvorsitzenden und Bundeskanzlers Helmut Kohl mit der EVP-Fraktion und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Nach unserer letzten gemeinsamen Diskussion in einer durch Wilfried Martens anberaumten Sondersitzung der EVP-Fraktion am 20. September 1995 in Straßburg gab es zahlreiche positive Kommentare unserer Freunde aus anderen europäischen Nationen.

„Das war ein europapolitischer Vitaminstoß!“,

„Ein Motivations Schub für Europa!“

Und schließlich „Helmut Kohl ist europapolitisch unverzichtbar!“

Solche Kommentare hören wir sehr gern. Diese spontane Zustimmung hilft uns auch in unserer täglichen Arbeit. Vor allem aber sehen wir in diesen Worten unserer Freunde eine Aufforderung an das europäische Deutschland und eine Herausforderung unserer Integrationskraft.

Lassen Sie mich schließen mit einem Wort von Henry Benrath: „Geschichte wird nach vorwärts gemacht, und nicht nach rückwärts!“

Verjagen wir alle Vorurteile! Sehen wir, was ist und seien wir rechtzeitig Teilnehmer an dem, was wird!“

Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Die Europäische Union voranbringen – Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands“:

Ich darf dann überleitend den Antrag zur Diskussion stellen und aus unserer Sicht folgende Einführung geben.

Der Ihnen heute vorgelegte Antrag mit der Zielsetzung „Die Europäische Union voranbringen“ ist eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten Erfordernisse europäischer Zukunftssicherung. Die Ihnen zur Diskussion und Beschlußfassung übermittelten Europapolitischen Leitsätze der CDU Deutschlands sind nicht der Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union, auch nicht eine umfassende Liste europapolitischer Wünsche, schon gar nicht eine lückenlose Darstellung der Analyse europäischer Probleme. Diese Leitsätze be-

schreiben kurz und knapp die existenzwichtigen Voraussetzungen einer stabilen und dauerhaften Ordnung der Freiheit, des Friedens und der Sicherheit für alle Europäer. Der bewußte Verzicht auf die Darstellung aller noch so berechtigten Wünsche entspricht einer Bedingung erfolgversprechender Politik, zusammengefaßt in dem Satz: Wir dürfen das Mögliche nicht am Wünschenswerten scheitern lassen, aber wir müssen das Notwendige möglich machen.

Schlüsselworte der in den Leitsätzen aufgezeigten Notwendigkeiten sind

erstens die Legitimität der europäischen Willensbildung,

zweitens die Durchschaubarkeit der europäischen Politik als eine wesentliche Voraussetzung ihrer Akzeptanz durch die Europäer,

drittens die Entscheidungs-, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Union,

viertens die Schaffung der institutionellen Erfolgsbedingungen einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft für ganz Europa,

fünftens der Aufbau einer europaweiten Sicherheitspartnerschaft mit solchen Instrumenten und Institutionen, die Sicherheit und Stabilität ermöglichen und gewährleisten können,

sechstens die Realisierung einer stufenweisen Erweiterung der Europäischen Union, die den beitriftswilligen und beitriftsfähigen Staaten und ihren Bürgern die Teilhabe an Stabilität, Prosperität und Sicherheit an der größten Gemeinschaft eröffnet, und

siebtens die institutionalisierte Partnerschaft einer erweiterten Europäischen Union mit jenen Staaten und Schlüsselre-

gionen, die in vielfältiger Weise mit Europa verbunden und verflochten sind.

Drei Erfordernisse der europäischen Integration sprechen wir in unseren Leitsätzen besonders an:

erstens die Irreversibilität, d. h. die Unumkehrbarkeit einer friedensschaffenden, freiheitsbewahrenden und gerechtigkeitsmehrenden Einigung Europas, das also, was Immanuel Kant vor 200 Jahren den „unauflösbaren Friedensbund“ genannt hat,

zweitens das Prinzip der Subsidiarität als Recht der kleinen Lebenskreise und des Aufbaus von unten nach oben – Subsidiarität entspricht der Freiheit und Würde des Menschen, ermöglicht die sparsame Verwendung knapper Ressourcen und schützt die Vielfalt der europäischen Kultur – und

drittens das dynamische Prinzip der Integration, d.h. die Möglichkeit, daß alle Mitgliedsstaaten an der Einigung teilneh-

men können, keiner aber die von den anderen erstrebten notwendigen Fortschritte bremsen oder blockieren darf. Das Erfordernis dynamischer Politik hat der italienische Staatsdenker Niccolò Machiavelli in seinen „Discorsi“ vor 500 Jahren in dem Satz zusammengefaßt: Man darf einem Staat nie eine solche Verfassung geben, daß einige wenige in der Lage sind, einen Beschluß aufzuhalten, der zur Existenzsicherung des Ganzen nötig ist.

Die Ihnen vorgelegten Europapolitischen Leitsätze sind das Konzentrat von Überlegungen, Diskussionen und Analysen zahlreicher CDU-Mitglieder aller politischen Entscheidungsebenen. Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank für ihr Engagement und ihre unermüdliche Arbeit für die Einigung Europas und damit für die richtige Weichenstellung der europäischen Politik im 21. Jahrhundert.

Ich wünsche uns eine fruchtbare Diskussion und eine erfolgversprechende Beschlusfassung.

Günter Rinsche: Das Europäische Parlament ist eine politische Innovation, ein Parlament sui generis. Es gibt keine Regierungsparteien, und es gibt keine Oppositionsparteien. Das ermöglicht größere Freiheitsräume, enthält aber auch die Versuchung zur Disziplinlosigkeit. Anders ausgedrückt: Das Europäische Parlament hat ein beachtliches Innovationspotential, aber auch ein problematisches Chaospotential.



Die Europäische Union voranbringen

Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands

1. Die europäische Einigung ist unverzichtbarer Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert können wir Europäer die großen Aufgaben und Herausforderungen nur gemeinsam und in enger Zusammenarbeit bewältigen.

Die CDU als die deutsche Europapartei tritt dafür ein, den Prozeß der europäischen Einigung zielstrebig und bürgernah voranzubringen und sie dadurch unumkehrbar zu machen.

Mit unserem Bekenntnis zur europäischen Einigung verbinden wir eine klare Absage an überholten Nationalismus und an jede Form von nationalem Hegemonialstreben, deren furchtbare Folgen an den Kriegsschauplätzen in Europa abzulesen sind. Die europäische Einigung ist die einzige Möglichkeit, die nationale und kulturelle Identität jedes europäischen Volkes zu wahren und zugleich Konflikte auf friedliche und demokratische Weise zu lösen. Deshalb wollen wir die Menschen in Deutschland für die europäische Idee gewinnen.

I. Die Europäische Union vertiefen

2. Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit, zur Sicherung ihrer demokratischen Legitimität und zur Erhöhung der Trans-

parenz europäischen Handelns wie auch zur Vorbereitung auf die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten muß die Europäische Union vertieft werden. Dies ist Aufgabe der Regierungskonferenz 1996.

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen in gleicher Weise an der

Beschluß des 7. Parteitages vom 16. Oktober 1995

fortschreitenden europäischen Integration teilnehmen können, jedoch darf die Verweigerung einzelner Mitgliedstaaten Integrationsfortschritte nicht aufhalten.

Außen- und sicherheits- politisch wirksamer handeln

3. Der politische Wille, gemeinsam zu handeln, ist die entscheidende Voraussetzung für eine europäische Außenpolitik. Das bisherige Entscheidungsverfahren zur Herstellung dieses gemeinsamen politischen Willens muß weiterentwickelt werden. Deshalb sollten Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die keine militärischen Auswirkungen haben, mit qualifizierter (doppelter) Mehrheit entschieden werden (d. h. einer Mehrheit der Staaten und einer Mehrheit

der Bevölkerung, die diese Staaten vertreten). Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die militärische Auswirkungen haben, insbesondere über den Einsatz militärischer Mittel, sollten derart entschieden werden, daß einerseits eine Minderheit von Staaten die Mehrheit am gemeinsamen Handeln nicht hindern und andererseits kein Land gegen seinen Willen zum gemeinsamen Handeln verpflichtet werden kann. Die Solidarität der nichtteilnehmenden Staaten muß dabei auch in der gemeinsamen Finanzierung ihren Ausdruck finden.

4. Die bei der Kommission, aber auch beim Rat, bei der WEU sowie bei den Mitgliedstaaten vorhandenen Kapazitäten zur Analyse und Planung sowie zur Überwachung der Durchführung von Ratsentscheidungen müssen in einer dafür geeigneten ständigen Instanz zusammengeführt werden. Diese soll die Aufgabe wahrnehmen, dem Rat in enger Abstimmung mit der Kommission rechtzeitig geeignete Vorschläge zur Durchführung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorzulegen und die Durchführung der Entscheidungen des Rates sicherzustellen sowie eine geschlossene Außenvertretung der Union zu gewährleisten.

5. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muß künftig auch als integralen Bestandteil eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik und Verteidigung einschließen. Die Europäische Union muß ihren eigenständigen Beitrag zur Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa leisten können. Mittelfristig wollen wir dafür die WEU als „europäischen Pfeiler“ der Atlantischen Allianz in die Europäische Union integrieren. Bis dahin soll der Europäische

Rat die Richtlinienkompetenz für Fragen der europäischen Verteidigung erhalten, so daß die WEU aufgrund der politischen Vorgaben der EU tätig werden soll. Die NATO bleibt unverzichtbare Grundlage unserer Sicherheit.

6. Die Stärkung der europäischen Verteidigungsidentität muß einhergehen mit dem Ausbau einer umfassenderen transatlantischen Bindung auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Sicherheit, Wissenschaft und Kultur. Notwendig ist eine abgestimmte transatlantische Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen.

Innen- und rechtspolitische Zusammenarbeit verbessern

7. Die Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen, in dem die Freizügigkeit des Wohnens, Arbeitens und Wirtschaftens gewährleistet ist, erfordert, daß auch die Rechts- und Innenpolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union weiter und enger zusammengeführt und die rechtsstaatlichen Gemeinschaftsstrukturen durch Harmonisierung weiter ausgebaut werden. Dazu gehört auch die schrittweise sektorale Einbeziehung der Innen- und Rechtspolitik in das Gemeinschaftsverfahren.

8. Die Europäische Union soll die Regelungsbefugnisse für das gemeinschaftliche Zutritts- und Zuwanderungsrecht sowie das Visa-, Asyl- und Flüchtlingsrecht übertragen bekommen.

9. EUROPOL muß im Bereich schwerwiegender Formen internationa-

ler Kriminalität zu einem europäischen Kriminalamt mit eigenen operativen Befugnissen ausgebaut werden. EURO-POL soll der parlamentarischen Kontrolle des Europäischen Parlamentes sowie der gerichtlichen Kontrolle des Europäischen Gerichtshofes unterliegen. Die nationalen Polizeibehörden müssen die Befugnis erhalten, erweitert grenzüberschreitend in Ermittlung und Fahndung tätig werden zu können.

10. Die Sicherheit, die eine gemeinsame Innen- und Rechtspolitik schafft, darf nicht an den Außengrenzen der Europäischen Union halt machen. Der Schengen-Prozeß ist mit dem Ziel der Sicherung der Außengrenzen der Partnerländer schrittweise auszudehnen und diese „Sicherheitspartnerschaft“ auch solchen Ländern anzubieten, die noch nicht Mitglieder der Europäischen Union (EU) sind. Zusammen mit den EFTA-Staaten sowie den assoziierten Staaten in Mittel- und Osteuropa und im europäischen Mittelmeerraum wollen wir einen europäischen Sicherheitsraum schaffen, in dem die EU-Regelungen möglichst vollständig angewendet werden.

Das Subsidiaritätsprinzip stärken

11. Das Subsidiaritätsprinzip ist eine politische Leitidee für die Europäische Union. Es garantiert Bürgernähe und den Erhalt der regionalen Vielfalt Europas. Die Stellung der deutschen Länder im föderativen Aufbau muß erhalten bleiben. Wir setzen uns für den verstärkten Ausbau der regionalen, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein.

Das Subsidiaritätsprinzip des Maastrichter Vertrages ist fortzuentwickeln. Die Europäische Union soll nur dann tätig werden, wenn die zu bewältigenden Aufgaben auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend gelöst werden können. Insbesondere sind Anzahl und Umfang von Verordnungen und Richtlinien zu verringern. Auch der Europäischen Union vertraglich zugewiesene Zuständigkeiten müssen darauf überprüft werden. Im Verfahrensrecht sollten nur dann Verordnungen erlassen werden, wenn das Regelungsinstrumentarium der Richtlinie nicht ausreichend ist.

Institutionelle Reformen durchführen

12. Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen weiterentwickelt werden, damit es künftig zu einem neben dem Rat gleichberechtigten Gesetzgeber wird. Die gegenwärtig unterschiedlichen Gesetzgebungsverfahren müssen reduziert sowie einheitlicher und effizienter ausgestaltet, das Mitentscheidungsverfahren zwischen Rat und Parlament muß der Regelfall werden. Das Europäische Parlament soll ein eigenes Initiativrecht erhalten. In den intergouvernementalen Politikbereichen muß das Europäische Parlament stärker an der Entscheidungsfindung und Beratung beteiligt werden.

13. Die Führung des Rates sollte durch größere Kontinuität gestärkt werden.

Entsprechend der Funktion des Rates als Gesetzgeber sollte eine qualifizierte Mehrheit des Rates das Recht haben, Vorschläge zur Rechtsetzung einzubringen.

Entscheidungen im Rat sollten bei der gemeinschaftlichen Rechtsetzung in der Regel mit Mehrheit getroffen werden. Dies könnte bei Vorliegen einer spezifischen Mehrheit auch für Vertragsänderungen und für das Inkrafttreten von Beitritten gelten. Finanz- und Steuerfragen sollten bis auf weiteres einstimmig entschieden werden. Ziel muß sein, auch in diesen Fragen das Mehrheitsprinzip einzuführen.

14. Die demokratische Legitimation der Europäischen Kommission als maßgeblichem ausführenden Organ der Europäischen Union muß weiter gestärkt werden.

II. Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden

15. Der integrierte europäische Wirtschaftsraum ist für Deutschland besonders wichtig; mehr als zwei Drittel unserer Exporte gehen in die Europäische Union. Wir setzen uns daher für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ein. Voraussetzung für eine gemeinsame europäische Währung bleibt die dauerhafte Erfüllung der strengen Stabilitätskriterien des Maastrichter Vertrages. Die Sicherung einer dauerhaft integrierten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten im europäischen Währungsgebiet ist Voraussetzung für eine funktionierende Währungsunion.

16. Unser Leitbild für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Eu-

ropäischen Union ist die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Wir wollen gemeinsam die Strukturprobleme der europäischen Staaten lösen, Bürokratie abbauen, Deregulierung und Privatisierung beschleunigen und damit insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit steigern und die Attraktivität des Standortes Europa verbessern.

17. Ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist der Ausbau der Infrastruktur über die Mitglieder hinaus. Die transeuropäischen Netze für Verkehr, Energie und Telekommunikation müssen gemeinsam konzipiert und ausgebaut werden.

18. Unsere Bemühungen, die wirtschaftliche Stabilität Europas zu sichern, müssen gleichzeitig dem Schutz der Umwelt Rechnung tragen. Wir fordern deshalb zur Verwirklichung einer europäischen Umwelt-Union eine EU-weite Angleichung der Umweltgesetze auf hohem Niveau sowie eine europaweit einheitliche Kontrolle und Bestrafung bei Verstößen. „Nachhaltige Entwicklung“ sollte Aufgabe der Gemeinschaft und ein Ziel der Union werden. Beim Integrationsprinzip sollte klargestellt werden, daß die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitik einbezogen werden müssen.

19. Der deutschen Landwirtschaft muß im gemeinsamen europäischen Markt weiterhin eine wettbewerbsfähige Entwicklung ermöglicht werden. Besonders wichtig ist für sie die Verwirklichung der Währungsunion. Gleichzeitig müssen

der eingeschlagene Weg der EU-Agrarpolitik zur Marktentlastung und Einkommenssicherung einschließlich der dauerhaft sicheren Ausgleichszahlungen und der Honorierung der Umweltleistungen der Landwirtschaft konsequent weiterverfolgt und Wettbewerbsverzerrungen in der Europäischen Union abgebaut werden. Wir wollen, daß unsere auf Nachhaltigkeit ausgerichtete bäuerliche Landwirtschaft einschließlich der flächengebundenen tierischen Veredlung eine Zukunft in Europa hat.

20. Wir setzen uns ein für ein soziales und arbeitnehmerfreundliches Europa. Wir wollen die Europäische Sozialcharta EU-weit verwirklichen. Wir treten dafür ein, die Kräfte Europas zu bündeln für Innovationen, wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und zukunftssichere Arbeitsplätze.

III. Die Europäische Union erweitern

21. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Nachkriegsordnung hat sich erstmals die Möglichkeit einer friedlichen Einigung der Völker Europas eröffnet. Zu Recht fordern die Staaten Mittel- und Osteuropas Teilhabe an der im Westen durch die europäische und transatlantische Integration erreichten Stabilität, Prosperität und Sicherheit. Dies entspricht in besonderer Weise dem deutschen und auch dem gesamt-europäischen Interesse.

22. Wir setzen uns dafür ein, daß erste mittelosteuropäische Staaten, die die wirtschaftlichen und politischen Voraus-

setzungen erfüllen, um das Jahr 2000 in die Europäische Union aufgenommen werden, wobei diesen Ländern wie bisher Übergangsfristen für bestimmte europäische Politikbereiche eingeräumt werden können. Anderen mittel- und ost-europäischen Staaten sind zugleich glaubwürdige Perspektiven für einen späteren Beitritt aufzuzeigen. Bis zu ihrem Beitritt ist die Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern und der Europäischen Union weiter auszubauen.

23. Zwischen der Erweiterung der Europäischen Union und der Erweiterung der westlichen Verteidigungsorganisationen NATO und WEU besteht ein enger Zusammenhang. Um für jedes Mitglied der Europäischen Union denselben sicherheitspolitischen Status gewährleisten zu können, streben wir an, daß alle EU-Mitglieder auch NATO-Mitglieder und WEU-Mitglieder werden. Dabei kann die Integration in die NATO einer EU-Mitgliedschaft vorausgehen.

24. Sicherheit und Stabilität in Europa können nur mit und nicht gegen Rußland geschaffen werden. Ein gefestigtes, demokratisches Rußland ist eine der Grundvoraussetzungen für eine gesamt-europäische Friedensordnung. Deshalb wollen wir den Aufbau einer umfassenden und ausgewogenen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der NATO einerseits und Rußland andererseits, die der europäischen Sicherheit, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der politischen Stabilität dient und die Rußlands Stellung in Europa, seinem historischen Rang und seiner Würde gerecht wird. Für die umfassende sicherheitspolitische Partnerschaft mit Rußland kommt der OSZE eine besondere Bedeutung zu.

Geglückter Start ins weltweite Kommunikations-Netz Internet

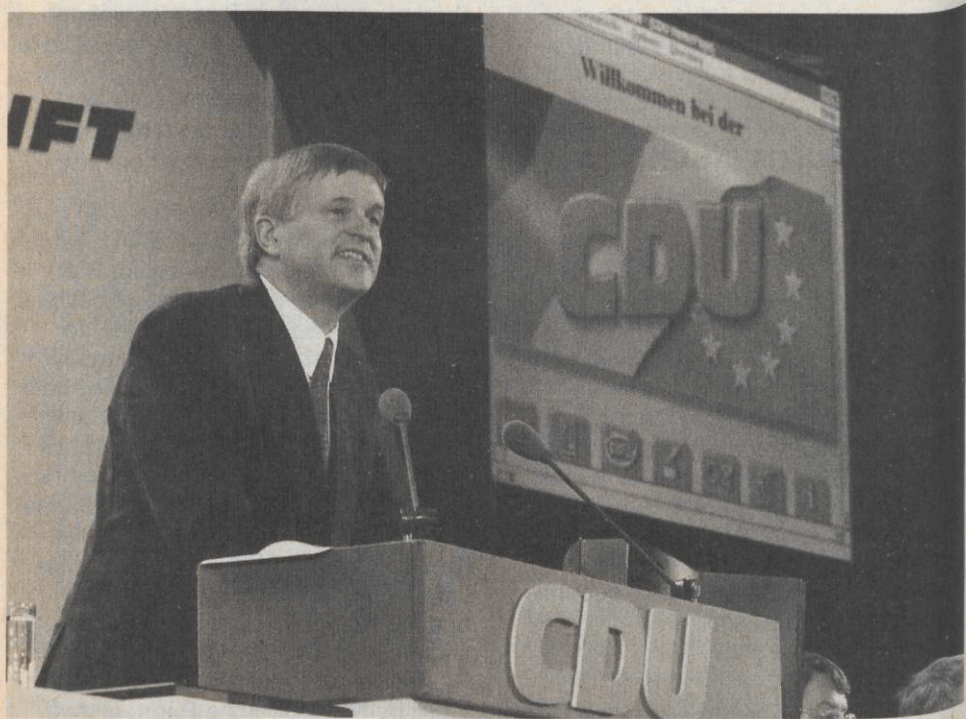
Weit über 6.000 Neugierige haben innerhalb von nur 24 Stunden aktuelle Informationen über den 7. Parteitag in Karlsruhe abgerufen, und mehr als 220 E-Mails bestätigen: Der Start der CDU ins weltweite Kommunikationsnetz Internet ist geglückt.

Auf die Minute genau hat am Dienstag, den 17. Oktober um 9.30 Uhr Generalsekretär Peter Hintze die Menü-Leiste der überdimensionierten Bildschirme auf den beiden Videowänden im Parteitag-Plenum angeklickt, und das „Willkommen

bei der CDU“, dem neuen Teilnehmer im Computernetzwerk Internet, leuchtete auf.

„<http://www.cdu.de>.“ So lautet die neue Adresse unter den inzwischen vielen Tausend Anbietern im internationalen Datennetz, das heute bereits viele Millionen Menschen auf der ganzen Welt regelmäßig nutzen, um Informationen und Meinungen auszutauschen. Und die Zahl der Neuanmeldungen steigt rasant.

Peter Hintze: Ab sofort kann man im weltweiten Internet auch bei der CDU haltma-



Peter Hintze: Mit dem Start in die Kommunikationswelt des 21. Jahrhunderts sind wir jetzt auf der internationalen Datenautobahn.

chen. Viele Millionen Menschen – von Amerika bis nach Japan herüber, von Nord bis Süd – haben in diesem Augenblick Zutritt zu unserem elektronischen Angebot.

Ob es Bilder vom Parteitag sind oder Videoausschnitte aus der Rede des Parteivorsitzenden vom Montag: unter „News“ lassen sich die gewünschten Informationen überall auf der Welt und unabhängig von Uhrzeit oder Öffnungszeiten abrufen.

Ob Berichte, Features oder Pressekommentare in den Zeitungen, die die CDU-Bundesgeschäftsstelle auswertet – jeder Interessierte kann sie ab sofort im Internet lesen und sich sogar vom eigenen Drucker ausdrucken lassen.

*Eine neue
Adresse*

„<http://www.cdu.de>.“

Gehen Sie ins Internet und klicken Sie diese Kürzel an: nicht nur alle wichtigen Informationen über die CDU liegen offen vor Ihnen; Sie können, wenn Sie wollen, Ihrerseits auch uns benachrichtigen.

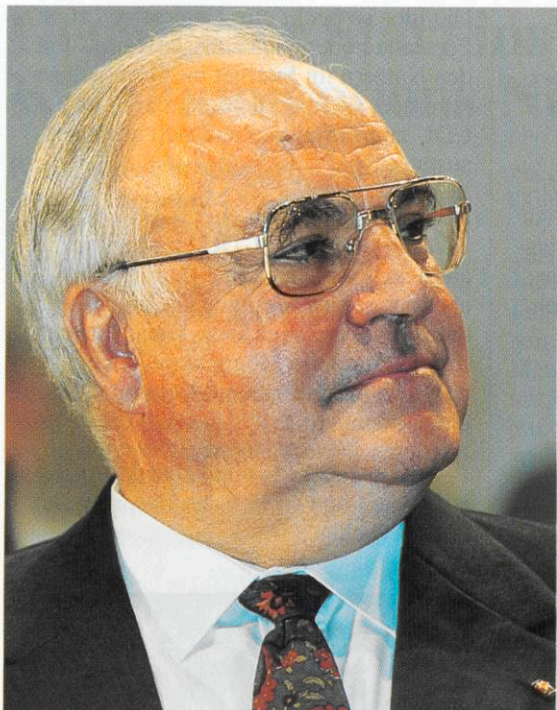
Die Idee ist auch, - im Unterschied zum Fernsehen oder auch zur CD-ROM - mit den Nutzern im Internet ins Gespräch zu kommen, sie über die Ziele der Politik der CDU zu informieren und sich mit ihnen austauschen.

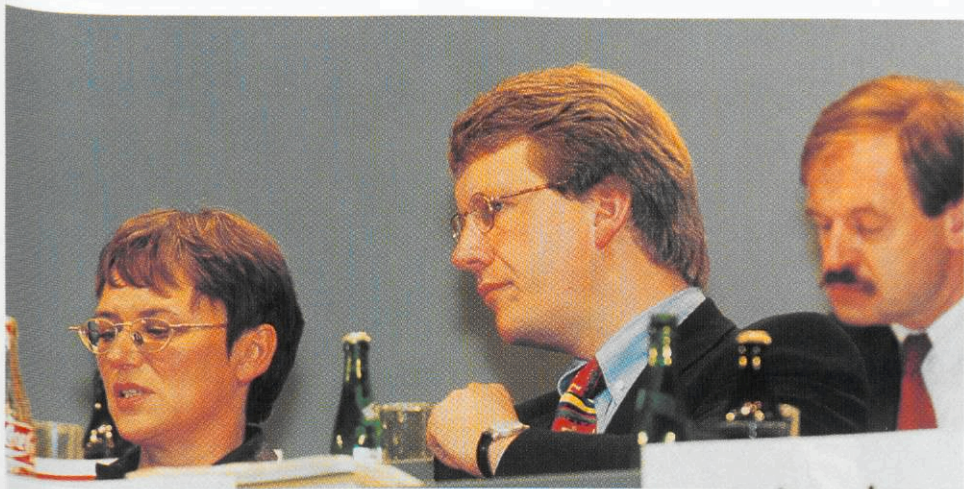
Deshalb gibt es auch ein Gästebuch, in das sich jeder, der „CDU“ im Internet anklickt, eintragen kann. Er kann dort aber auch seine Meinung zu Zukunftsthemen äußern. Auf diese Weise besteht für die Partei die Möglichkeit, auch politisch mit ihm in eine Kommunikation einzutreten.

Peter Hintze: Wir wollen zum Mitmachen auffordern und suchen das Gespräch mit den Menschen.

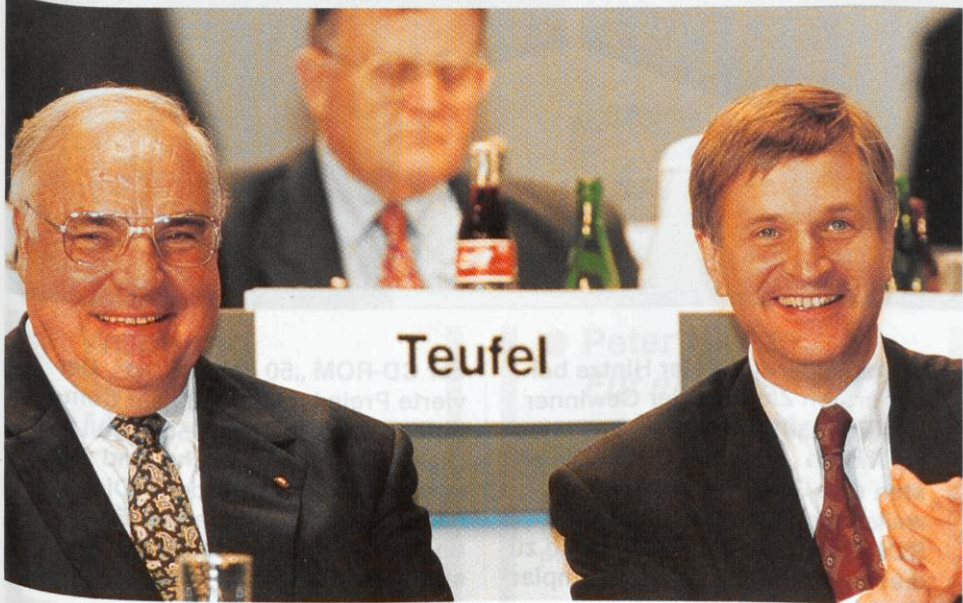


Peter Hintze: Ich starte jetzt den Einstieg der CDU in die weltweit vernetzte Kommunikation, ins Internet.









Am Stand der Bundesgeschäftsstelle



Generalsekretär Peter Hintze bei der ersten Ziehung der Gewinner des Preisausschreibens aus unserer Aktion „50 Jahre CDU“. Die ersten drei Gewinner erhalten jeweils einen Computer, der CD-ROM-kompatibel ist. Zusätzlich zu diesem Preis gibt es ein Exemplar

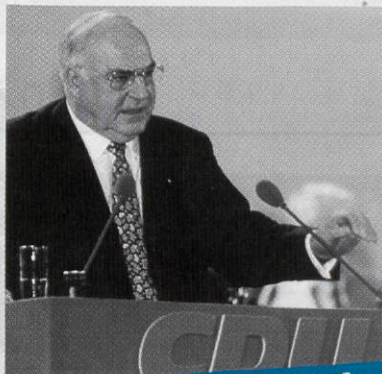
der CD-ROM „50 Jahre CDU“. Der vierte Preis ist ebenfalls ein Computer – allerdings ohne Boxen. Die Preise fünf bis sechs sind zwei wertvolle Fahrräder. – Die nächste Ziehung findet am Ende unserer Aktion „50 Jahre CDU“ statt, also Ende Juni 1996.

Die Berichte in Karlsruhe als Broschüre

● Helmut Kohl: *Wir werden die Zukunft gestalten*

Bestell-Nr.: 3110
Verpackungseinheit:
25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 20 DM

Rede von
Bundeskanzler
Helmut Kohl
auf dem
7. Parteitag
der CDU
Deutschlands
1995 · Karlsruhe



Auf dem Weg in das 21. Jahrhundert

Wir werden die Zukunft gestalten



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

Alle Preise zzgl.
MwSt. und Versand*

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

(* Bei Bestellungen bis zu
einem Warenwert von
50 DM wird eine Versand-
kostenpauschale in Höhe
von 5 DM erhoben.)

● Wolfgang Schäuble: *Mut zur Zukunft*

Bestell-Nr.: 3112
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 20 DM

● Peter Hintze: *Für eine Reform unserer Parteiarbeit*

Bestell-Nr.: 3111
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 20 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Festschrift der Jubiläumsveranstaltung

am 28. Juni in Berlin

Der Festakt im Berliner Schauspielhaus war der offizielle Höhepunkt der Geburtstagsfeiern zum 50jährigen Bestehen der CDU. Anhand vieler Redebeiträge und Kurzansprachen wurde auf dieser Festveranstaltung der zeitgeschichtliche Bogen von der Parteigründung bis zur Gegenwart gespannt. Zusätzlich zu diesen Beiträgen enthält die Festschrift viele wissenswerte Informationen über die Festredner und ihren Werdegang in der CDU.

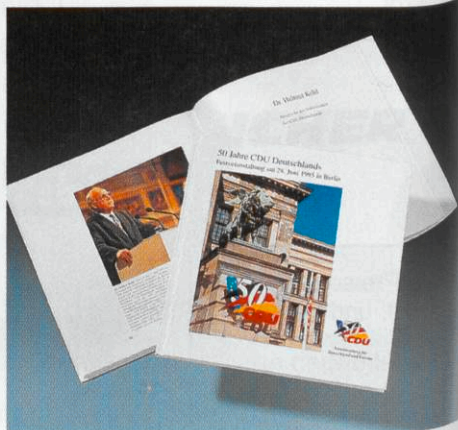
Dieses Buch eignet sich auch besonders als repräsentatives Geschenk für die Ehrung verdienter oder langjähriger Mitglieder.

Bestell-Nr.: 4103

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 12 DM

Preis zzgl. MwSt. und Versand *



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UiD

32/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~WV~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.